

Schattenbeschwörung und Schönfärberei

Koloniales Erbe und historische Wahrheiten

Medard Ritzenhofen*

» Die aktuelle Debatte um die Kolonialgeschichte verweist auf Frankreichs grundlegendes Dilemma: Seine spezifisch hohen Ansprüche stoßen sich an der Faktizität der Historie, das republikanische Ethos gebiert die französischen Mythen.

Ist Frankreich eine „postkoloniale Republik“, wie es der viel beachtete Internet-Appell „Nous sommes les indigènes de la République“ vom 18. Januar 2005 behauptet? Bei dieser Frage gehen die Meinungen auseinander. Unstreitig ist, dass Frankreich bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts über das zweitgrößte Kolonialreich der Welt nach dem British Empire verfügte. Auf allen fünf Kontinenten flatterte die Trikolore. 60 Millionen Untertanen zählte Frankreich außerhalb des Mutterlandes. Die Schwerpunkte des Empire français lagen im Maghreb, in West- und Äquatorialafrika sowie in Indochina. Dass die Aneignung und Verwaltung der überseeischen Territorien mit Militärgewalt erfolgte, die entsprechend dem Widerstand der indigenen Bevölkerung brutale Repressionen einschloss, dürfte kaum bezweifelt werden. Tatsache ist auch, dass eine politische Integration der kolonisierten Völker über demokratische Institutionen nicht stattfand. Als das britische Empire nach dem Zweiten Weltkrieg im Begriff war, sich aufzulösen, setzte Paris mit seiner ins Leben gerufenen „Union française“ alles daran, seinen kolonialen Besitz zu konsolidieren. Der Preis für die bereits anachronistische Illusion, London den ersten Rang als Kolonialmacht abzulaufen, war hoch: Wenn die unvermeidliche Dekolonisierung in den einzelnen Besitzungen, Mandatsgebieten, Protek-

toraten, Territorien und Departements auch entsprechend uneinheitlich verlief – in Tunesien und Marokko 1956 vergleichsweise friedlich –, so fallen die langen opferreichen Befreiungskriege in Indochina (1946–54) und Algerien (1954–62) historisch am schwersten ins Gewicht.

„La grandeur d’un pays, c’est d’assumer toute son histoire. Avec ses pages glorieuses, mais aussi avec sa part d’ombre.“ In dieser Einsicht ist Jacques Chirac vorbehaltlos zuzustimmen. Fragen wir jedoch das Zeugnis auf, das der Staatspräsident in dieser Hinsicht seinem Land in einer Rede am 30. Januar 2006 ausstellte: „Notre histoire est celle d’une grande nation.“ Denn so gerne Frankreich die „ruhmreichen Seiten“ seiner Geschichte aufschlägt, so häufig bleiben die „Schatten“ der Vergangenheit im Dunklen. Die scheinbar kontinuierliche Tradition nationaler Größe, von „nos ancêtres les Gaulois“ bis zum politischen Übervater Charles de Gaulle, ist für das historische Denken noch immer prägend. Die Sternstunden der Geschichte, sei es die Revolution von 1789, die Befreiung 1944 und selbst die Taufe des Westfranken Clovis Ende des fünften Jahrhunderts, genießen ebenso breitenwirksame Aufmerksamkeit wie die Lichtgestalten, mögen sie nun Jeanne d’Arc oder Eleonore von Aquitanien, Ludwig der Heilige oder der Sonnenkönig heißen. Dagegen brauch-

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg.

te Frankreich viel Zeit, bis es sich im vollen Umfang seiner unrühmlichen Rolle unter der deutschen Besatzung 1940–1944 stellte. Die heroische Résistance einer kleinen Minderheit verdeckte lange die politische Apathie der schweigenden Mehrheit. Noch unter Präsident François Mitterrand lautete die offizielle Lesart, dass Vichy den Ruhm der Republik nicht befleckt habe.

Mit dem Kolonialismus blieb auch der nach der Kollaboration des Pétain-Regimes zweite große Schatten der jüngeren französischen Geschichte lediglich Thema einer begrenzten historischen Fachliteratur. Indem de Gaulle die junge V. Republik 1963 von der bedrohlichen Last des „französischen Algeriens“ befreite, wurde auch die koloniale Seite Frankreichs umgeschlagen. Die über 100-jährige blutige Vorgeschichte von Frankreichs Paradekolonie, die bis zur Eroberung Algiers im Jahre 1830 zurückreicht, geriet weitgehend in Vergessenheit. Als 2004 des 50. Jahrestages der Niederlage von Dien Bien Phu gedacht wurde, durchzog die publizistischen Beiträge eher die Nostalgie um die französische Präsenz in Indochina als das Eingeständnis einer an allen Fronten gescheiterten Kolonialpolitik.

„Positive Rolle in Übersee“

Dass die koloniale Vergangenheit Frankreichs im vergangenen Jahr Thema einer großen Debatte wurde, verdankt sich eines eher beiläufigen Anlasses. Dieser ist jedoch eingebettet in eine politisch-geistige Großwetterlage, in der sich die lange verdrängten Sünden der Vergangenheit mit den Versäumnissen aktueller Politik zusammenballen. Angesichts des derzeit nachdrücklich infrage gestellten französischen Integrationsmodells bricht die koloniale Wunde wieder auf. Doch auch umgekehrt gilt: Weil sich Frankreich seiner Geschichte in Übersee nicht ausreichend stellte, fällt das Zusammenleben mit den französischen Nachfahren der einst unterworfenen Völker umso schwerer. Neben der „fracture sociale“ tut sich ein nationaler Riss auf, wenn die aus der Immigration stammenden „Söhne und Töchter der Republik“ (Chirac) sich selbst als „Eingeborene einer postkolonialen Republik“ bezeichnen. So jedenfalls hieß

es in dem eingangs erwähnten Internet-Appell, in dem eine bunte Truppe aus Aktivisten zur Gleichberechtigung von Afrikanern, Muslimvertretern, Trotzkiten und Globalisierungsgegnern gegen die „ethnisch-rassistische Apartheid“ im Mutterland der Menschenrechte zu Felde zog. Da mehr als die Hälfte aller französischen Einwanderer aus ehemaligen Kolonien stammt, bietet sich ein schnell gezogenes Kontinuum geradezu an: Eroberung und Versklavung gestern, Diskriminierung und Ghettoisierung heute. Nicht zuletzt wird die Verschleierung des brutalen Umgangs mit den unterworfenen Völkern in der Vergangenheit als Grund für die mangelnde gleichberechtigte Behandlung heutiger Einwanderer angeführt. Dass in Frankreich dann noch ein Gesetz verkündet wurde, mit dem die Nation den historischen Verdiensten der französischen Siedler in den Kolonien und dem Einsatz der algerischen Hilfssoldaten, der Harkis, auf Seiten der französischen Armee ihre Anerkennung zollte, entfachte eine regelrechte „guerre de mémoires“. Scheint doch der Graben unüberbrückbar zwischen dem Mythos von den couragierten französischen Siedlern, die den arabischen Wüstenboden kultivierten, und dem Andenken an die eingesessene Bevölkerung, die in ihrem eigenen Land ausgebeutet und entmündigt wurde.

Dabei deutete zunächst nichts darauf hin, dass das am 23. Februar 2005 erlassene Gesetz in der Öffentlichkeit hohe Wellen schlagen würde. Ging es doch im Grunde nicht um mehr als um eine nachgeholte Geste gegenüber den so genannten „pieds-noirs“, jenen Franzosen, die nach der Unabhängigkeit Algeriens ins Mutterland zurückgekehrt und dort „repatriiert“ worden waren. Hatten die Algerienfranzosen schon immer darüber geklagt, für die Verluste in ihrer ehemaligen Heimat nicht ausreichend entschädigt worden zu sein, so sollte zumindest ihre zivilisatorische Aufbauleistung in den Kolonien gewürdigt werden. Dass dieses Trostpflaster nicht zuletzt aus wahltaktischem Kalkül von südfranzösischen Abgeordneten auf den parlamentarischen Weg gebracht wurde, wo sich die algerischen Heimkehrer mehrheitlich niedergelassen hatten, überrascht kaum. Bleibt noch anzufügen, dass in einer der Angelegenheiten entsprechend dünn besetzten National-

versammlung die linke Opposition zunächst nichts gegen den Gesetzesantrag einzuwenden hatte. Größere Beachtung fand dieser erst durch Artikel 4, in dem es heißt: „Les programmes scolaires reconnaissent en particulier le rôle positif de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord“. Womit sich einmal mehr die alte Erfahrung bestätigte, dass eine Sache in Frankreich spätestens dann hoch kocht, wenn die Schule berührt wird.

Es verwundert deshalb auch nicht, dass es Geschichtslehrer waren, die sich als erste gegen die politisch verordnete Interpretation des Kolonialismus wehrten. Vornehmsten Ausdruck fand dieser akademische Protest gegen eine offizielle Geschichtsschreibung in einer Petition von 19 angesehenen französischen Historikern, darunter unter anderen Jean-Pierre Azéma, Elisabeth Badinter, Marc Féro, Pierre Nora, Mona Ozouf, René Rémond, Michel Winock, die am 12. Dezember 2005 kundtaten, dass in einem freien Staat weder das Parlament noch eine gerichtliche Autorität die historische Wahrheit festzulegen habe.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die politisch diktierte „positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, vor allem in Nordafrika“ bereits ein außen- und innenpolitisches Echo gefunden, das weit über einen historischen Revisionismusstreit hinausgeht. Im Juni verurteilte die algerische Staatsführung das französische Gesetz, das „die Barbarei des Kolonialismus“ rechtfertigt. Als Staatspräsident Bouteflika den geplanten Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Algerien angesichts dieser „Beleidigung“ seines Volkes fürs erste auf Eis legte, schrillten im Elysée-Palast die Alarmglocken. Hoffte doch Präsident Chirac darauf, mit diesem Freundschaftsvertrag seine auslaufende Amtszeit zu krönen. Dass auch sein schärfster innenpolitischer Kritiker nicht ungeschoren davon kam, unterstrich die diplomatische Brisanz des Themas. Innenminister Nicolas Sarkozy sah sich angesichts massiver Proteste auf den französischen Karibikinseln Martinique und Gua-

deloupe gegen das Gesetz gezwungen, einen Besuch auf den Antillen abzusagen.

Die ganze Tragweite eines vor beinahe leeren Parlamentsrängen verabschiedeten Gesetzes begann man in Frankreich aber erst während der dreiwöchigen Vorstadt-Krawalle im vergangenen Spätherbst zu ermessen (vgl. das Dossier in *Dokumente*, 6/2005). Nicht dass eine rebellische Jugend die Banlieues in Brand gesetzt hätte, um das an ihren Großvätern verübte koloniale Unrecht zu rächen. Die massiven Gewaltausbrüche im November waren von keiner politischen Vision getragen, sondern gehorchten blinder Zerstörungswut. Dennoch lässt sich ein Zusammenhang herstellen zwischen einer durch Diskriminierung und Chancengleichheit deklassierten Vorstadtjugend und der Situation ihrer Vorfahren, denen trotz staatsrechtlicher Integration Algeriens in die französische Republik die Staatsbürgerschaft verweigert wurde.

„Es lässt sich ein Zusammenhang herstellen zwischen einer durch Diskriminierung deklassierten Vorstadtjugend und der Situation ihrer Vorfahren.“

Angesichts des außen- und innenpolitischen Drucks gegen das umstrittene Gesetz gab Jacques Chirac das Signal zum Rückzug, der annähernd so ungeordnet verlief wie einst die Räumung französischer Übersee-Besitzungen. Um die Gemüter zu beruhigen, aber ohne zunächst die Abgeordneten der Regierungspartei dämpfen zu wollen, berief der Präsident Mitte Dezember eine Kommission ein, die über eine Neufassung des umstrittenen Gesetzes beraten sollte. Indem Chirac gleichzeitig einen nationalen Gedenktag für die Opfer der Sklaverei und des Sklavenhandels vorschlug, unterlief er aber die Aufgabe eben dieser Kommission. Denn zumindest in den Augen der meisten französischen Historiker sind schon von der Politik erlassene nationale Gedenktage eine unzulässige Einmischung in ihr Metier. Folgerichtig forderten die Wissenschaftler nicht nur die Rücknahme des Gesetzes zur „positiven Rolle der französischen Präsenz in Übersee“, sondern auch die Abschaffung der Loi Gayssot, die 1990 die Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe stellte, sowie des Gesetzes zur Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern (29.1.2001)

und des Gesetzes zur Anerkennung der Sklaverei und des Sklavenhandels als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (21.5.2001).

Jacques Chirac seinerseits setzte sich zwischen alle Stühle. Einerseits annullierte er Ende Januar das Gesetz zur Bewertung von Frankreichs Kolonialismus, dem er selbst mit seiner Unterschrift Gültigkeit verschafft hatte. Damit machte er die von ihm einberufene Kommission zur Bewertung der Geschichte überflüssig. Andererseits kündigte er bereits für das laufende Jahr die Einführung eines offiziellen Gedenktages an, an dem der Opfer der Sklaverei gedacht werden sollte. Als Termin wählte der Präsident den 10. Mai, womit zugleich – gegen den ausdrücklichen Willen der Historiker – die am 10. Mai 2001 erlassene Loi Taubira gewürdigt wurde. In diesem vor fünf Jahren erlassenen Gesetz, benannt nach der sozialistischen Abgeordneten aus Guyana Christiane Taubira, hatte Frankreich als erstes Land die Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.

Chiracs Rede – Lehrstück nationaler Schönfärberei

Die diesbezügliche Vorreiterrolle Frankreichs stellte Jacques Chirac in seiner Rede zur Sklaverei gebührend heraus. Der Diskurs, den er beim Empfang für das „Komitee zur Erinnerung an die Sklaverei“ unter Vorsitz der Schriftstellerin Maryse Condé im Elysée-Palast hielt, ist den wichtigen Reden des neogaullistischen Präsidenten zuzurechnen. Selbst die Chirac gewöhnlich kritisch beurteilende Zeitung *Le Monde* bescheinigte dem Präsidenten im Hinblick auf dessen Reden zur historischen Verantwortung Frankreichs, dem höchsten Staatsamt Ehre zu machen.

Aber hat es Chiracs Rede vom 30. Januar 2006 tatsächlich verdient, in einem Atemzug genannt zu werden, mit der, die er am 16. Juli 1995 zur unauslöschlichen Schuld Frankreichs bezüglich der Judenverfolgung hielt? Bei der Verurteilung der Sklaverei nahm der Präsident kein Blatt vor den Mund. Dass die Sklaverei den Rassismus genährt habe, kam ebenso zur Sprache wie die noch immer in der ganzen Welt existierende Zwangsarbeit, mit der die rassische Unterdrückung ihre aktuelle

Fortsetzung erfahre: „Enfin, le combat contre l’asservissement est un combat d’aujourd’hui. C’est un combat de la France et de la francophonie.“ Mit seiner Rede zur Erinnerung an die Sklaverei, verbunden mit der Ankündigung eines entsprechenden Gedenktages, wollte Chirac einen unanfechtbaren Schlusspunkt unter die, wie er selbst sagte, „unnützen Polemiken“ setzen. Damit konnte nur die seit knapp einem Jahr geführte Debatte um „le rôle positif de la présence française outremer“ gemeint sein. Ebenso unverständlich wie aufschlussreich ist es dann aber, dass Chirac weder auf Frankreichs historische noch auf seine aktuelle Rolle in Übersee konkret einging. Der Begriff des Kolonialismus fand keinerlei Erwähnung. Mit der scharfen Verurteilung der Sklaverei entledigte sich der Präsident gewissermaßen der Aufgabe, auf Frankreichs koloniale Vergangenheit einzugehen. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang seine Feststellung: „Ce fut l’honneur de la I. République, en 1794, d’abolir l’esclavage dans les colonies françaises.“ Chirac erwähnte zwar, dass Napoléon 1802 die Sklaverei wieder eingeführt habe, diese dann aber in der II. Republik am 27. April 1848 endgültig abgeschafft wurde. „Il faut le dire, avec fierté: depuis l’origine, la République est incompatible avec l’esclavage.“

Dieser wie ein historisches Axiom vorgetragene Satz ist ein rhetorisches Trompe l’œil aus dem Lehrbuch der Schönmalerei. Denn nicht nur war die Republik mit dem Kolonialismus vereinbar, unter der III. Republik (1871–1940) erlebte das französische Kolonialreich auch seine größte Ausdehnung. Wenn *Le Monde* in seinem lesenswerten Dossier zur Kolonisation vom 21. Januar 2006 „un empire républicain où le soleil ne se couchait jamais“ beschreibt, dann schwingt in dieser Formulierung bei aller kritischen Grundhaltung doch immer noch ein gewisser Stolz auf die Größe dieses Weltreiches mit.

„La mission civilisatrice“

Ende des 19. Jahrhunderts besaß das Abgeordnetenhaus in der so genannten „groupe colonial“ eine mächtige Lobby zur französischen Interessenvertretung in Übersee. „Die aktiven Parlamenta-

rier der kolonialen Gruppe aufzuzählen, heißt im Gotha der III. Republik zu blättern, schreibt der Historiker Charles-Robert Ageron und erinnert daran, dass von Félix Faure (1895–1899) bis Albert Lebrun (1932–1940) die Mehrzahl der Präsidenten dort selbst Mitglieder waren. Mit Jules Ferry ist es der bis heute hoch verehrte Gründungsvater des modernen französischen Schulwesens – „une référence quasi consensuelle, de droite et de gauche“, wie Xavier Darcos in seinem Buch „L'école de Jules Ferry“ (2005) schreibt – der sich vorbehaltlos für die Kolonisierung stark machte. In dem von diesem Gründungsmitglied der III. Republik Anfang der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts eingeführten allgemeinen, kostenlosen Unterricht bekamen französische Schulkinder bis weit in die Mitte des 20. Jahrhunderts ein idyllisches Bild des französischen Kolonialreiches und -lebens vermittelt.

„Les races supérieures ont le devoir de civiliser les races inférieures“, schrieb Ferry. Dieser Aufgabe konnte sich die Heimat der Aufklärung und der Menschenrechte nicht entziehen. Kolonisieren bedeutete zivilisieren. Damit ist die besondere Note des französischen Kolonialismus benannt. Dieser erschöpfte sich weder in imperialer Machtausdehnung, um die Niederlage gegen Deutschland 1870/71 zu kompensieren und in der globalen Präsenz mit England gleichzuziehen, noch in wirtschaftlichem Profitstreben. Darüber hinaus hatte Frankreich mit seinem revolutionären Erbe (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) und seinem republikanischen Ethos eine zivilisatorische Mission zu erfüllen. Das traditionelle christliche Sendungsbewusstsein der „ältesten Tochter der Kirche“ verband sich mit den universalistischen Idealen der Republik zu einer kolonialen Expansions- und Herrschaftsideologie im Dienste des Fortschritts überseeischer Völker. Dass die laizistische Republik, die in einem erbitterten Kulturkampf die katholische Kirche aus dem Staatswesen gedrängt

hatte, sich bei der Kolonisierung der aktiven Unterstützung der bewährten katholischen Missionsorden bediente, gehörte dabei noch zu den kleineren Ungereimtheiten. Als paradox erwies sich die Rolle der Schule bei der Kolonisierung. Der Unterricht eröffnete den unterworfenen Völkern den Zugang zur französischen Zivilisation, doch wurde ihnen weder nationale Freiheit noch politische Gleichheit gewährt.

„Partout la France a apporté le bon ordre et la paix: brigandages, esclavages et massacres ont cessé. Partout elle a ouvert des écoles où les habitants s'instruisent et apprennent notre langue. Ils sont soignés par nos médecins. Partout, enfin, on a construit des routes, des chemins de fer et des ports“, heißt es in einem Schulbuch von 1923. Dass diese Einschätzung heute noch fortwirkt, bestätigte niemand anderer als Nicolas Sarkozy. Der Innenminister verwahrte sich in einem Fernsehgespräch bezüglich der kolonialen Frage gegen „ständige Reumütigkeit“ und verwies auf die positiven Aspekte des Kolonialismus: „Lehrer haben die Bevölkerung alphabetisiert, Ärzte haben geheilt und geimpft.“

Für sich genommen ist diese Feststellung durchaus zutreffend. Von dem medizinischen, kulturellen und technischen Know-how, das Frankreich seinen Kolonien bescherte, profitierte in gewissem Umfang auch die indigene Bevölkerung. Doch stehen am Anfang dieser Steigerung des Lebensstandards militärische Eroberungen, die in maximale wirtschaftliche Ausbeutung mündeten. Nicht zu reden von den Massakern an Aufständischen, die sich wie ein roter Faden durch die französische Kolonialzeit ziehen. Im Mai 1945 wurde im algerischen Sétif ein Aufstand der Bevölkerung mit geradezu krimineller Härte niedergeschlagen. Zehntausende Tote waren zu beklagen. Im November 1945 wurden ungefähr 6 000 Zivilisten bei der Bombardierung der vietnamesischen Hafenstadt Haiphong getötet. Von unvorstellbarer Brutalität zeugte die Niederschlagung der Rebellion in Madagaskar 1947/48, die an die 90 000 Inselbewohner das Leben kostete. Ange-

„Mit der scharfen Verurteilung der Sklaverei entledigte sich der Präsident gewissermaßen der Aufgabe, auf Frankreichs koloniale Vergangenheit einzugehen.“

sichts von bestialischen Massenmorden und Folterungen war die Rede von einem „madagassischen Oradour-sur-Glane“.

„La plus grande France“

Der große französische Historiker Ernest Lavisse, der das Geschichtsverständnis von Generationen französischer Schüler prägte, schrieb 1920: „France et humanité ne sont pas deux mots qui s’opposent l’un à l’autre; ils sont conjoints et inséparables. Notre patrie est la plus humaine des patries.“ Pierre Nora hat es sich in dem von ihm herausgegebenen Standardwerk „Les lieux de mémoire“ (1984–1992) nicht nehmen lassen, selbst den Artikel über die 27-bändige „Histoire de France“ von Lavisse zu verfassen. Dass Nora dem „Sänger der Republik“ und seiner „nationalen Pädagogik“ Respekt entgegenbringt, ist angesichts dessen historiographischen Monuments verständlich. Dass sich aber unter den insgesamt 130 französischen „Erinnerungsorten“ kein einziger findet, der Frankreichs koloniale Vergangenheit behandelt, ist weniger einsichtig. Pierre Nora hat sich zum Wortführer gegen jedwede politische Einmischung in die Geschichte aufgeschwungen, in seinem siebenbändigen Referenzwerk zur Geschichte Frankreichs aber wird das zweitgrößte Kolonialreich der Welt ausgespart.

Einmal mehr stößt man beim Thema Kolonialismus auf jenes grundlegende Dilemma Frankreichs, das sich aus spezifisch hohen Ansprüchen und der widerständigen Faktizität bei deren Umsetzung ergibt. Es ist das nationale

Ethos verbunden mit einem universalistischen Pathos, das die französischen Mythen, um nicht zu sagen, Lebenslügen gebiert. Frankreichs „mission civilisatrice“ sollte der Kolonisierung ein humanitäres Rückrat geben, das angesichts massiver Unterdrückung und Ausbeutung schnell einknickte. Die „Citoyenneté“, mit deren Er kämpfung Frankreich 1789 eines der herausragenden Kapitel der neuzeitlichen Geschichte geschrieben hatte, erkannte die Republik keinem der von ihr kolonisierten Völkern zu. Beim Stichwort Stolz und Ruhm der „Algérie française“ blieben die „Français musulmans“ außen vor.

Diese Ambivalenz setzt sich heute in gewisser Weise fort, wenn Frankreich noch immer die Chancengleichheit als Signum seines Schulsystems beschwört, während es vor den eklatant unterschiedlichen Lernbedingungen längst kapituliert hat. Der hoch gestimmte und doch falsche Ton sprach auch aus Chiracs Rede zur Sklaverei, die die Schatten der Vergangenheit allgemein beschwört, um dann nationale Schönfärberei zu üben: „L’esclavage et la traite sont pour l’humanité une tache indélébile. La République peut être fière des combats qu’elle a gagnés contre cette ignominie. En commémorant cette histoire, la France montre la voie. C’est son honneur, sa grandeur et sa force.“ Mit diesen Sätzen schloss der Präsident eine Rede, mit der die einstige imperiale Ideologie von „la plus grande France“ eher eine gewisse – wenn auch unter anderen Vorzeichen – Bestätigung als seine kritische Aufarbeitung fand. Das letzte Wort über den französischen Kolonialismus ist damit noch lange nicht gesprochen.

Koloniale Vergangenheit

Droht die Erinnerung die Nation zu spalten?

Kommentierte Dokumentation von Johannes Thomas

»» **Frankreich entdeckt, dass es nach der Anerkennung französischer Mitwirkung an der Judenvernichtung ein weiteres Kapitel in seiner Geschichte und kollektiven Erinnerung gibt, das der Entmythologisierung bedarf.**

Die Debatte über die koloniale Vergangenheit und ihre Behandlung im Schulunterricht, die Ende 2005 und Anfang 2006 Politik und öffentliche Meinung in Frankreich bewegt hat, nahm ihren Ausgang von einem Gesetz, das bereits am 23. Februar 2005 verkündet worden war, aber erst im Spätherbst des Jahres von der oppositionellen Linken als nationale Schande empfunden wurde. Bis dahin war der nationale Konsens in der Frage der „positiven Rolle“, die Frankreich in Übersee und besonders in Nordafrika gespielt habe, so der Artikel 4 des Gesetzes, im Wesentlichen ungebrochen. Wenn der Staatspräsident nun dafür sorgt, dass dieser Artikel, der den Hauptauslöser für die Diskussionen über Frankreichs koloniale Vergangenheit darstellt, per Dekret außer Kraft gesetzt wird, korrigiert er damit nicht etwa eine versehentlich zu einem Gesetzestext geronnene Minderheitsmeinung, sondern widerspricht der Einstellung einer deutlichen Bevölkerungsmehrheit ebenso wie der einhelligen Auffassung von Abgeordneten und Senatoren quer durch sämtliche Parteien. Diese haben sich ohne Ausnahme seit 2003 bei Debatten über die Anerkennung und Entschädigung von Heimkehrern aus den früheren französischen Kolonien im Sinne des jetzt zurückgenommenen Gesetzesartikels zur Rolle Frankreichs in Nordafrika und überhaupt in Übersee geäußert, und wenn sie sich nicht in diesem Sinne geäußert haben, so haben sie dieser Bewertung der kolonialen Vergangenheit jedenfalls nie widersprochen.

Bei der Darstellung der französischen Kolonialdebatte im Folgenden werden in einem ersten

Schritt Äußerungen von Senatoren und Abgeordneten im Zusammenhang mit der Gesetzesinitiative zusammengestellt. Es folgen Stellungnahmen aus der Zivilgesellschaft, die wiederum zu neuen Stellungnahmen seitens der Politik geführt haben. Besondere Aufmerksamkeit ist schließlich auch den ehemaligen französischen Kolonien geschuldet (vgl. hierzu auch den Beitrag von Ortwin Ziemer in dieser Ausgabe). Ihre Reaktionen werden an dieser Stelle am Beispiel Algeriens dokumentiert. Die ausbleibenden Reaktionen aus dem subsaharischen Afrika erklären sich, wie etwa an dem hier näher beleuchteten Beispiel Togo deutlich wird, aus den weiter wirksamen postkolonialen Verflechtungen.

Statt einer strikt chronologischen Abfolge wurde einer Zusammenstellung der Informationen nach Themenkreisen der Vorzug gegeben. Gleichwohl wurde dabei weitgehend der zeitliche Verlauf der Diskussionsbeiträge respektiert.

Senats- und Parlamentsdebatten

Hamloaoui Mékachéra, Beigeordneter Minister für Kriegsveteranen, führt am 17. Dezember 2003 während einer Senatsdebatte zu den Heimkehrern aus Algerien¹ aus: „Ja, die Zeit ist gekommen, die außergewöhnlichen Leistungen dieser Landwirte, Unternehmer, Beamten, Zivilpersonen und Militärs, gleich welcher sozialen Schicht, angemessen zu würdigen. Sie haben im Namen Frankreichs und der von Frankreich verteidigten universalen Werte zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Entwicklung unermesslich großer Gebiete beigetragen [...]. Es ist Aufgabe unseres Erziehungssystems, dieser Geschichte, die integraler Bestandteil unserer Kollektiverinnerung ist, einen privilegierten Platz und eine gerechte Behandlung in den Schulbüchern vorzubehalten [...].“

Dabei soll es jedoch offenbar nicht darum gehen, die Lebensbedingungen der Kolonisierten zu beleuchten, also etwa auf die Enteignungen ihres fruchtbaren Landes zugunsten französischer Siedler oder ihre rechtliche Benachteiligung – sie besaßen unter anderem nicht das Wahlrecht – näher einzugehen. Thema sind allein die Verfolgungen und Benachteiligung von Algerienfranzosen seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962: „Ich denke an alle die zivilen Opfer vor und nach dem 19. März 1962. Ich denke an die durch die Gewalt in Algier und Oran geprüften Familien (Massaker an der französischen Bevölkerung durch den algerischen Front de Libération Nationale (FLN), Anm. d. Übers.)“ Es steht eben nicht die Bewältigung einer bisher durchweg positiv bewerteten kolonialen Vergangenheit zur Diskussion, sondern, wie der UMP-Senator André Vallet ausführt, „die Pflicht der Erinnerung Frankreichs und der Republik gegenüber den aus Nordafrika heimgekehrten Franzosen“.

Der UMP-Senator Jacques Peyrat beklagt: „[...] Unser Land hat einen Teil seines Gebiets, seiner Bevölkerung und seines Reichtums abgetreten, obwohl seine Armeen im Felde siegreich waren. Unsere Soldaten erscheinen in den Augen gewisser Leute als Folterknechte, trotz ihrer erfolgreichen Mission, außerhalb der Kämpfe, in der Territorialverwaltung, dem Gesundheits- und Bildungswesen, ja, sogar bei der Polizei.“ Ein anderer Vertreter der Regierungspartei, Max Marest, zieht gar in Zweifel, dass es 1962 ein algerisches Volk gegeben habe: „[...] Man müsste überhaupt erst noch die Existenz eines algerischen Volkes beweisen.“

Von den Senatoren der Linken wird die Problematik der kolonialen Vergangenheit bei dieser Sitzung mit keinem Wort thematisiert. Ihre Sprecher konzentrieren sich ausschließlich auf das Thema der Entschädigungszahlungen. Das gleiche Bild zeigt sich bei späteren Debatten im Parlament. Die koloniale Vergangenheit wird,

wenn überhaupt, ausschließlich positiv konnotiert.

Gesetz zur „Anerkennung der Heimkehrer durch die Nation“

Hamlaoui Mékachéra, Beigeordneter Minister für Kriegsveteranen, erklärt am 11. Juni 2004 in der Assemblée Nationale während der Beratung über ein Gesetz zur „Anerkennung der Heimkehrer durch die Nation“²: „Das oft karikierte, zuweilen gar verleumdete Wirken der Franzosen in Übersee kann und muss ganz objektiv eine Quelle des Stolzes sein, nicht nur für die Akteure dieser gewaltigen Unternehmung und für ihre Kinder, sondern auch für die Nation insgesamt.“

Dem wird von niemandem widersprochen, ganz im Gegenteil: Der UDF-Abgeordnete Francis Vercamer spricht von der „tiefempfundenen Anerkennung der Entwicklungsleistung der Franzosen, die sich in Übersee niedergelassen hatten, einer Entwicklungsleistung, die zur Ausstrahlung Frankreichs beigetragen hat.“ Michel Diefenbacher von der Regierungspartei UMP begrüßt den Gesetzentwurf „als klare und deutliche Bekräftigung der Anerkennung der Nation für diejenigen, die die Farben unserer Fahne über Generationen hinweg hoch gehalten haben.“ Noch deutlicher äußert sich Lionnel Luca, ebenfalls von der UMP: „[...] Wir bekräftigen endlich, dass es nicht schändlich gewesen ist, in diesem Land (Algerien) präsent gewesen zu sein, es bearbeitet zu haben, sich dort verwurzelt und es vorangebracht zu haben [...]. Wir müssen die Geschichte aufschreiben und unterrichten, damit die Kinder unseres Landes lernen, dass Frankreich sich nicht ausbeuterisch verhalten, sondern kolonisiert hat, dass es den Völkern die republikanischen Werte vermittelt und ihre Führungseliten ausgebildet hat.“ Es sei „ein Paradox, dass diejenigen Völker als erste“ die Leistungen der Franzosen in Übersee „gewürdigt haben, die wir mit Hilfe der Frankophonie, deren Unterbau die Kolonisierung bildet, gelenkt haben.“

Einwände gegen diese etwas einseitige Betrachtung der Geschichte oder auch nur davon abweichende Sichtweisen werden auch seitens der linken Abgeordneten nicht vorgetragen. So betont etwa der Sozialist Jacques Bascou, hier ganz im

Einklang mit der Regierung, dass „dieser Gesetzentwurf, dessen Absicht es ist, das Wirken Frankreichs in Übersee zu rehabilitieren, lobenswert“ sei.

Der Gesetzentwurf in 2. Lesung

Hamlaoui Mékachéra erläutert am 10. Februar 2005³ erneut, dass „das Gesetz, Ausdruck der ‘volonté générale’, die Anerkennung Frankreichs für diejenigen zum Ausdruck bringt, die auf allen Kontinenten, insbesondere in Indochina und Afrika, ein ebenso materielles wie kulturelles Werk geschaffen haben.“

Christian Kert (UMP) meint, es könne nun mit all den Klischeevorstellungen aufgeräumt werden, wie sie etwa ein Universitätsprofessor vor kurzem in „einer großen Abendzeitung“ verbreitet habe, wonach „das französische Abenteuer in Algerien nur eine abscheuliche koloniale Epoche“ gewesen sei. „Ihr Gesetzentwurf bestätigt das Gegenteil, und wir Abgeordneten [...] können stolz sein, dass wir den ursprünglichen Text vervollständigt haben, indem wir den Akzent legten auf die Anerkennung der Nation für das, was vollbracht wurde [...].“

Michel Diefenbacher, UMP, fordert seinerseits die „Anerkennung für das, was getan wurde, damit ‘das größere Frankreich’ existieren konnte. [...] Es gehe darum, „die Leistungen der Siedler als Pioniere, Bauleute, Ingenieure, Landwirte, Männer des Gesetzes, Soldaten, Ärzte und Lehrer anzuerkennen.“ Für die UDF schlägt Rudy Salles in die gleiche Kerbe: „Frankreich hat die Pflicht zur Erinnerung und zur Anerkennung derer, die sein Reich („empire“) aufgebaut haben. Es muss stolz sein auf sein zivilisatorisches Wirken, besonders in Nordafrika.“

Wiederum bringen die Abgeordneten der Linken zu diesem Zeitpunkt offenbar keinerlei Einwände vor. Der PS-Abgeordnete Jacques Bascou fragt unter dem Beifall seiner Fraktion: „Hat die französische Regierung die Absicht, die Schulforderungen der Heimkehrer gegenüber dem algerischen Staat zur Geltung zu bringen, wenn der französisch-algerische Freundschaftsvertrag verhandelt wird. [...] Meinen Sie, dass die Heimkehrer selbst ihre Rechte vor internationalen Gerichten zur Geltung bringen müssen?“

Bei der anschließenden Abstimmung über die einzelnen Artikel des Gesetzes gibt es zu Artikel 4, der die Lehre von der positiven Rolle Frankreichs in Übersee, vor allem in Nordafrika, festschreibt, keine einzige Wortmeldung.

Der umstrittene Gesetzesartikel⁴

„Die universitären Forschungsprogramme räumen der Geschichte der französischen Anwesenheit in Übersee, insbesondere in Nordafrika, den Platz ein, den sie verdient. Die schulischen Unterrichtsprogramme erkennen insbesondere die positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, besonders in Nordafrika, an und räumen der Geschichte und den Opfern der aus diesen Territorien stammenden Kämpfern der französischen Armee den herausragenden Platz ein, den sie verdienen.“

Appell der „Indigènes de la République“

Der viel zitierte Internet-Appell „Nous sommes les indigènes de la République“ vom 18. Januar 2005 richtet sich an „die Töchter und Söhne der Kolonialisierten und der Einwanderer, damit sie sich engagieren im Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung durch die postkoloniale Republik“. Unter den Unterzeichnern finden sich Aktivisten aus Organisationen zur Gleichberechtigung von Schwarzafricanern, aus Menschenrechtsorganisationen oder des „collectif des musulmans de France“, ebenso wie Globalisierungsgegner von Attac oder Trotzisten der Ligue communiste révolutionnaire. Einer der Initiatoren des Appells, der Soziologe Saïd Bouamama, wehrt sich gegen den Vorwurf, die Debatte zu „ethnisieren“ mit dem Gegenvorwurf, dass die „Realität eine ethnisch bestimmte“ sei. „Die Erfassung der sozialen Probleme und die Konstruktion der politischen Maßnahmen folgen Logiken, die noch auf die gleiche Weise funktionieren wie zur Kolonialzeit. Solange man sich nicht mit dieser Zeit befasst, bleiben diese Logiken bestehen. Pap Ndiaye,

Historiker an der Ecole des hautes études en sciences sociales (EHESS), erkennt ebenso wie Patrick Lozès vom nationalen Parteirat der UDF das Verdienst des Appells an. Beide wirken im Übrigen an der Bildung des Conseil représentatif des associations noires (CRAN) am 26. November 2005 mit. Ndiaye erklärt: „Der Aufruf der Eingeborenen ist erhellend für die Bedeutung, die die Geschichte heute für alle diejenigen Bevölkerungsgruppen hat, die Opfer rassistischer Diskriminierung sind und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, obwohl sie in Frankreich geboren sind.“ Der eigentliche Initiator von CRAN, Patrick Lozès, unterstreicht: „Man kann die faktisch existierende ethnisch-rassistische Apartheid nicht länger verheimlichen, indem man sie hinter den großen republikanischen Prinzipien versteckt, um nicht handeln zu müssen.“ (*Le Monde*, 21.1.2006).

Einwände von Historikern, aber Zustimmung der Bevölkerung

Olivier Le Cour Grandmaison (Universität d'Evry und Collège international de philosophie) meint noch vor der Gesetzesvorlage und in Erinnerung an eine gescheiterte Gesetzesvorlage von 2003, die auch damals vom jetzigen Hauptverfechter des Kolonialgesetzes, Außenminister Philippe Douste-Blazy lanciert worden war: „Entgegen jeder historischen Wahrheit verteidigen diese Volksvertreter den Mythos einer großzügigen und zivilisatorischen Kolonisierung, die in Übereinstimmung stehe mit den Idealen, die Frankreich angeblich immer auf diesem algerischen Boden verteidigt hat. [...] Man hat also die hunderttausenden von Toten vergessen, meistens Zivilisten, die durch die teuflischen Truppen von Bugeaud und seinen Nachfolgern zwischen 1941 und 1881 umgebracht worden sind. [...] Man hat auch die mörderischen und systematischen Razzien sowie die massenhaften Enteignungen vergessen, die den Siedlern aus dem Mutterland die besten Böden verschaffen sollten. Man hat auch die „Eingeborenen“-Gesetzgebung vergessen, dieses Denkmal des Staatsrassismus, das am 29. Juni 1881 von der III. Republik angenommen wurde.“ (*Le Monde*, 3.2.2005).

Nicolas Bancel (Universität de Strasbourg) und Pascal Blanchar (CNRS) sehen in Frankreich immer noch die Kolonialkultur am Werk: „Ohne eine historische Betrachtung der Kolonialzeit kann man das Scheitern des Antirassismus, das Andauern der Diskriminierungen und auch die Fehlschläge der Integrationspolitik nicht begreifen. [...] Die Kolonial- und, in der Folge, die Postkolonialgeschichte ist immer noch kein Bestandteil unserer 'nationalen Geschichte'.“ (*Le Monde*, 17.3.2005). Die Geschichtswissenschaftler Claude Liauzu, Gilbert Meynier und Gérard Noiriel wehren sich im Folgenden mit einer in *Le Monde* veröffentlichten Petition gegen die staatliche Vereinnahmung der Geschichte: „Colonisation: non à l'enseignement d'une histoire officielle“. (*Le Monde*, 25.3.2005).

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CSA fördert im Gegenzug die Erkenntnis zutage, dass 64 Prozent der Franzosen das Gesetz gutheißen. Nur 29 Prozent haben keine positive Meinung dazu, während 7 Prozent überhaupt keine Meinung äußern. 79 Prozent der UMP- und 60 Prozent der UDF-Wähler, aber auch 68 Prozent der PCF-Sympathisanten und 55 Prozent der PS-Anhänger erklären ihre Zustimmung zur Sicht der Regierungspartei UMP (*Le Figaro*, 2.12.2005).

Erinnerung an die Sklaverei kontra Napoleon-Kult

Christiane Taubira, PRG-Abgeordnete aus Guyana, erinnert daran, dass Napoleon „auch die Wiedereinführung der Sklaverei“ bedeute. „Die französische Gesellschaft ist noch nicht bereit, eine Selbsterforschung über diese Zeit in Angriff zu nehmen, etwa zum Sklavenhandel oder zu ihrer kolonialen Vorstellungswelt.“ Man denke offenbar: „tant pis pour les nègres“. (*Le Monde*, 30.11.2005). Allerdings stand immerhin schon in Artikel 2 des nach ihr benannten Gesetzes von 2001: „Die Unterrichtsprogramme und die Forschungsprogramme für Geschichte und Geisteswissenschaften haben dem Sklavenhandel und der Sklaverei konsequent den Platz einzuräumen, den sie verdienen.“ (*Le Figaro*, 14.12.2005).

Unmittelbar vor den geplanten Austerlitz-Feiern erscheint das Buch „Le crime de Napoléon“ von Claude Ribbe, Historiker und seit kurzem auf Vorschlag von Premierminister de Villepin Mitglied der Beratenden nationalen Kommission für Menschenrechte. Für Ribbe ist es an der Zeit, mit der allenthalben gepflegten, Napoleon glorifizierenden Legendenbildung aufzuhören: „Wenn man ein Gesetz beschließt, wonach die Sklaverei und der Sklavenhandel Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind, kann man nicht auf der einen Seite von der Pflicht zur Erinnerung sprechen und auf der anderen Napoleon glorifizieren.“ Das aber geschehe in aktuellen Fernsehserien zu Napoleon, in denen die Geschichte der Kolonisierten und Versklavten nicht vorkomme. „Es ist an der Zeit, dass man den Franzosen ihre Geschichte in den Schulbüchern erzählt. Das ist eine Frage des sozialen Zusammenhalts, der staatsbürgerlichen Gesinnung und der Wahrheit. Wenn Napoleon die Sklaverei wieder eingeführt und ab 1802 bei der Vernichtung der Bevölkerung, die die Sklaverei ablehnte, Gas eingesetzt hat, dann muss man das sagen. [...] Die Leute, die Napoleon glorifizieren, müssen, wenn sie Lust haben, das zu tun, auch seine schandhaftesten Nachfolger annehmen, denn unter ihnen sind auch Adolf Hitler [die Rassengesetze Napoleons können nach Ribbe als direkte Vorläufer der entsprechenden Bestimmungen in den Nürnberger Gesetzen angesehen werden, *Le Monde*, 24.12.2005] und Mussolini. [...] Napoleon war sehr praktisch veranlagt. Er wusste genau, dass es schwierig werden würde, 650 000 französische Bürger wieder zu versklaven. [...] Napoleon wusste, dass auf Haiti und Guadeloupe zehntausende farbiger französischer Soldaten standen und es schwierig sein würde, eine Bevölkerung, welche die Freiheit genossen hatte, wieder zu Sklaven zu machen. [...] Napoleon trifft daraufhin die verabscheuungswürdige Entscheidung, einen Teil der Bevölkerung zu töten. [...] Er beginnt damit in Haiti und Guadeloupe, indem er entscheidet, die freien Franzosen abzuschlachten (etwa 100 000) und sie durch direkt aus Afrika geholte Sklaven zu ersetzen. In dem Augenblick, in dem die militärischen Operationen 1802 damit beginnen, die Ordnung wieder herzustellen, laufen Sklavenschiffe aus Nantes, La Rochelle und

Bordeaux nach Afrika aus, um Leute von dort zu holen. Für Napoleon war das eine mit den Interessen des Handels und der Prosperität Frankreichs übereinstimmende Lösung [auch wenn sie insgesamt mehr als eine Million Menschen das Leben kostete, wie Ribbe in seinem Buch ausführt].“⁵

Die Verbände der DOM hatten zu einer Demonstration für den 3. Dezember 2005 aufgerufen „gegen den historischen Revisionismus und die offiziellen Feierlichkeiten zur Erinnerung an Napoleon.“ Und so verzichtete nicht nur Jacques Chirac, sondern selbst der bekennende Napoleon-Verehrer Dominique de Villepin darauf, an den Feiern zu Erinnerung an Austerlitz teilzunehmen (*Le Monde*, 30.11.2005).

Der PS entdeckt im November das von ihm mitgetragene Gesetz

Weder bei der Vorlage des Gesetzes am 23. Februar 2005 noch bei der Abstimmung darüber am 11. Juni 2005 in der Nationalversammlung hatte die Linke Einwände erhoben. Erst nachdem eine Gruppe von Geschichtslehrern, die Liga für Menschenrechte und insbesondere der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika dagegen protestiert hatten, versucht der PS am 29. November 2005, mit Hilfe eines eigenen Gesetzentwurfs in der Nationalversammlung das „Kolonialgesetz“ außer Kraft zu setzen. Vergeblich, wie angesichts der Mehrheitsverhältnisse zu erwarten war (183 Stimmen, nur von der UMP gegen 94 Stimmen von PS, PCF und UDF). Die Verteidiger des Gesetzes aus dem Regierungslager machen geltend: „Wir verlangen einfach nur eine ausgewogene und aufrichtige Darstellung der Fakten“ (Christian Kerr) oder fragen „Wie kann man ein Land lieben, das sich selbst hasst?“ (Christian Vanneste). Lionnel Luca liest aus einem Schulgeschichtsbuch vor, das die Massaker an Franzosen und anderen Europäern im Jahr der Unabhängigkeit Algeriens unterschlägt. Andere wiederum verweisen auf die beachtlichen Leistungen französischer Militärärzte in Übersee, so Michel Diefenbacher (*Le Figaro*, 30.11.2005). Victorin Lurel, sozialistischer Abgeordneter aus Guadeloupe, fragt hingegen: „Sind

wir dazu verdammt, aufgrund einer Art historischer Züchtigung das ‘Erbrochene’ des Rassismus, kolonialen Stolzes und kolonialer Arroganz ‘wiederzukäuen?’“ Und der Abgeordnete Alfred Marie-Jeanne von Martinique erhebt den Vorwurf: „Die UMP-Abgeordneten verweigern die Anerkennung der Verbrechen, der Völkermorde, der Entfremdung, der Unterwerfung der Völker und die des Sklavenhandels.“ (*Le Figaro*, 8.12.2005).

Ehemalige Kolonien

a) Die Antillen auf Konfrontationskurs

Nachdem am 6. Dezember 2005 die Vorbereitungen zu größeren Demonstrationen auf den Antillen gegen Nicolas Sarkozy bekannt geworden waren, verzichtet der Innenminister auf seinen für den 8. und 9. Dezember geplanten Besuch. Zuvor hatte der weltbekannte Dichter der ‘Négritude’, Aimé Césaire, zu einem geplanten Treffen mit Sarkozy erklärt: „Ich akzeptiere es nicht, den Innenminister zu empfangen“, und dabei zur Begründung auf das Gesetz über die „positive Rolle“ Frankreichs in Afrika und in Übersee verwiesen. Ebenfalls sehr kritisch dazu äußerten sich die Autoren Edouard Glissant (ein persönlicher Freund des Ehepaares de Villepin) und Patrick Chamoiseau, die am 6. Dezember einen offenen Brief an Sarkozy veröffentlichten.

Sarkozy lädt seinerseits alle Abgeordneten der Antillen nach Paris ein, um dort mit ihnen „über die Gründe ihrer Emotionen zu sprechen“. Er meint zugleich in diesem Zusammenhang, „dass man mit den permanenten Schuldgefühlen aufhören müsse“, aufgrund derer man glaube, „sich für die Geschichte Frankreichs entschuldigen zu müssen.“ Das sei eine Haltung, die „die Grenzen des Lächerlichen“ streife (*Le Figaro*, 8.12.2005). (Siehe hierzu ausführlicher auch den Beitrag von Ortwin Ziemer in dieser Ausgabe.)

b) Der Artikel 4 und die algerisch-französischen Beziehungen

Zur Entwicklung vor dem Gesetz: Etwa 50 Jahre nach dem Kriegsausbruch in Algerien, das nach blutigen Kämpfen 1962 seine Unabhängigkeit erlangt, bemüht sich Staatspräsident Chirac mit

größtem Nachdruck um eine Wiederannäherung an die ehemalige Kolonie. Nach seinem ersten Algerienbesuch im März 2003 und einem weiteren Besuch am 15. April 2004 folgen in immer schnellerem Rhythmus gegenseitige Besuche von Regierungsmitgliedern beider Länder.

Die Feiern zur Landung der Alliierten im August 1944, als Soldaten aus dem Maghreb und aus Schwarzafrika eine erstaunte französische Bevölkerung befreiten, liefern weiteren Anlass für die freundschaftliche Annäherung (*Le Monde*, 14./15.8.2004). Die Stadt Alger wird bei dieser Gelegenheit wegen der Verdienste um die Befreiung Frankreichs mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet. Der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika kommt sogar in den Genuss eine Einladung in das Fort von Bregançon, eine Residenz des Staatspräsidenten, in die zuvor kein ausländischer Regierungschef eingeladen worden war (*Le Monde*, 17.8.2004).

Im Elysée-Palast spricht man in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit, angesichts der Verlagerung der EU nach Osten die „euromaghrebische Achse“ zu stärken. Mit „euromaghrebisch“ ist natürlich „franco-maghrebisch“ gemeint. Paris hofft, dadurch die Integration der algerischstämmigen Bevölkerung Frankreichs zu erleichtern (*Le Monde*, 16./17.10.2004). Vor allem aber richtet sich das Interesse auf die mit einer engeren Zusammenarbeit verknüpften wirtschaftlichen Möglichkeiten. Das nordafrikanische Land kann nicht nur Gas und Öl nach Frankreich liefern, es verfügt dank seiner Einnahmen aus den Exporten über bedeutende finanzielle Reserven. Seine Einnahmen dürften in den nächsten zehn Jahren deutlich über 70 Milliarden Dollar liegen (Ende 2004 betragen die Reserven 45,4 Milliarden Euro). Andererseits leidet Algerien unter einer höchst unterentwickelten beziehungsweise verkommenen Infrastruktur. Hier steht die französische Industrie in den Startlöchern. Schließlich setzt Frankreich angesichts einer sehr jungen Bevölkerung – etwa 30 Prozent sind jünger als 14 Jahre – auf Algerien als einen dynamisch wachsenden Absatzmarkt, der heute schon zu einem Viertel von Frankreich abgedeckt wird. Der PCF mahnt allerdings eine bisher ausgebliebene Geste der Entschuldigung für die von der französischen

Armee verübten Kriegsgräuelp an (*Le Monde*, 31.10./1.11.2004).

Mit mehrmonatiger Verzögerung reagiert auch der FLN auf französisches Selbstlob für die Kolonialzeit. Am 7. Juni 2005 verurteilt er „mit allem Nachdruck“ das Gesetz, „das die Kolonialisierung verherrliche, eine rückschrittliche Sicht der Geschichte festschreibe und die Barbarei der Kolonialzeit“ zu rechtfertigen suche, „indem es die widerwärtigsten Handlungen wegradiere“. Und er warnt: „Die Zukunft der algerisch-französischen Beziehungen könnte infrage gestellt werden.“

Das neue Gesetz stieß auf umso erstauntere Ablehnung, weil zur selbst Zeit, als in der Nationalversammlung das Loblied auf die koloniale Vergangenheit gesungen wurde, der französische Botschafter in Algier die Massaker von Sétif an der algerischen Zivilbevölkerung im Mai 1945 als „unentschuld bare Tragödie“ charakterisiert hatte (*Le Monde*, 11.6.2005).

An diese Tragödie erinnert allerdings mit deutlicherer moralischer Bewertung auch Bachir Boumaza, ehemaliger Minister und Senatspräsident in Algerien. Er meint zu Artikel 4: „Die politischen Verantwortlichen in Frankreich haben in letzter Zeit häufig eine Parallele zwischen dem deutsch-französischen Vertrag und dem Vertrag gezogen, der zwischen Algerien und Frankreich vorbereitet wird. Wäre denn der Elysée-Vertrag [...] mit einem Deutschland möglich gewesen, das weiterhin die Nazis verteidigt hätte? Das Gesetz vom 23. Februar 2005 ist moralisch verwandt mit einer revisionistischen Haltung zu den Nazis. Die koloniale Leugnung ist ein Hindernis, das nicht zu unterschätzen ist. [...] Ich gehöre zu denen, die meinen, dass die Partnerschaft mit Frankreich wesentlich ist. [...] Ich ermutige die Bemühungen der Präsidenten Bouteflika und Chirac, die in diese Richtung gehen, aber man wird dabei nur weiterkommen, wenn man die Geschichte entkolonialisiert.“ (*Le Monde*, 11.6.2005). (Boumaza hat in seinem Buch „La Gangrène unter anderem“ geschildert, wie er 1958 in den Räumen des französischen Innenministeriums, mitten in Paris, mit Strom und Wasser gefoltert worden ist.)

Inzwischen findet auch Bouteflika zu deutlichen Worten. Für den algerischen Präsidenten steht der Artikel 4 für „eine geistige Blindheit, die

dem Negationismus und dem Revisionismus sehr nahe kommt“. Zuvor hatte er „die Öfen der Schande“ (Kalköfen, in denen ermordete algerische Zivilisten verbrannt wurden) angeprangert, „die der Besatzer in Guelma aufgestellt hat“, und sie mit den „Verbrennungsöfen der Nazis“ verglichen. Der Kolonialismus sei „eines der größten Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die die Geschichte kenne“. Wenn Algerien auch bereit sei, den Vertrag mit Frankreich zu unterzeichnen, so werde man doch „auf gar keinen Fall, auch nicht durch Schweigen, „eine vorgeblich zivilisatorische Mission des Kolonialismus“ anerkennen (*Le Monde*, 1.7.2005; 26.11.2005). Er erinnert „unsere Freunde in Frankreich daran, [...] dass sie keine andere Wahl haben als anzuerkennen, dass sie von 1830 bis 1962 gefoltert, gemordet und Leben ausgelöscht haben [...], dass sie die algerische Identität vernichten wollten.“ Er hielt diese Ansprache in Sétif, wo im Mai 1945 mehrere zehntausend algerische Zivilisten massakriert worden waren. Am 28. August 2005 gab er sich wieder versöhnlich. Man wolle weiterhin der Vertrag, aber seine Unterzeichnung müsse „im gegenseitigen Respekt“ erfolgen. „Wir wollen nur Frieden und Ruhe auf gleicher Ebene.“ (*Le Monde*, 30.8.2005).

Die Regierung rudert zurück

Angesichts der stärker werdenden Proteste versucht Regierungssprecher Jean-François Copé die Sorgen von Lehrern und Professoren zu entkräften: „Es gibt keine offizielle Geschichte, und nichts in dieser Gesetzesvorlage könnte die Freiheit der Historiker einerseits und der Lehrer andererseits einschränken.“

Die Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie unterstrich am gleichen Tag: „Es ist nicht Aufgabe der Politiker, die Geschichte neu zu schreiben.“ François Barouin, Beigeordneter Überseeminister, vergaß die Einmütigkeit aller Fraktionen bei der Abstimmung über das Gesetz und behauptete, der Artikel 4 des Gesetzes entspreche nicht einer Entscheidung der UMP, sondern sei auf die Initiative eines einzelnen Abgeordneten zurückzuführen. Erziehungsminister Gilles de Robien versicherte, „er habe volles Vertrauen in die Lehren-

den, dass sie die Schüler die Geschichte in vollständiger Neutralität, totaler Objektivität und auf Fakten, nicht auf Interpretationen gestützt lernen ließen.“ Das etwas naiv klingende Bekenntnis zur reinen Fakten-Objektivität ergänzte er durch die gegen jede Evidenz sich richtende Behauptung „das Gesetz vom Februar 2005 beinhaltet keinerlei Veränderung der Lehrprogramme für Geschichte.“ (*Le Figaro*, 8.12.2005).

Allein Regierungschef Dominique de Villepin, der sich de facto von den Beschlüssen seiner Abgeordneten distanzierte, ging ernsthafter auf die Erinnerungsproblematik und die Empfindungen der Betroffenen, der Nachkommen von Kolonisierten und Versklavten, ein: „Es gibt nicht die eine französische Erinnerung, sondern mehrere Erinnerungen. [...] Manche sind noch lebendig, eine offene Wunde, leidvoll. [...] Es gibt die Erinnerung derer, die hinunter in den Bauch der Galeonen [Schiffe, die unter anderem für den Transport von Sklaven genutzt wurden, Anm. d. Übers.] geworfen worden sind.“ (*Le Monde*, 9.12. 2005).

Schließlich sieht sich Staatspräsident Jacques Chirac genötigt, einen ersten Versuch zu unternehmen, seine Regierungspartei aus der für sie immer prekäreren Situation herauszuführen. Er kündigt die Bildung einer pluralistisch zusammengesetzten Kommission an, die „die Rolle des Parlaments in den Bereichen der Erinnerung und der Geschichte beurteilen“ soll. Zugleich fordert er Frankreich auf, „sein Erbe anzunehmen, in der Achtung der Erinnerungen jedes Menschen, Erinnerungen, die manchmal die von Verletzungen sind und für viele unserer Mitbürger einen Teil ihrer Identität darstellen.“ Deshalb genüge der geringste Anlass, und „die Geschichte, die der Schlüssel für den Zusammenhalt der Nation ist, wird zum Keim ihrer Spaltung.“ Zugleich distanzieren er sich ebenso wie Dominique de Villepin vom Beschluss über den Artikel 4 und unterstreicht: „In der Republik gibt es keine offizielle Geschichte. Es steht nicht dem Gesetz zu, die Geschichte zu schreiben. Das Schreiben der Geschichte obliegt den Historikern.“ (*Le Figaro* und *Le Monde*, 11.12.2005).

Die Historikerdebatte geht weiter

Bezugnehmend auf Chiracs Erklärung, dass die Geschichte keine Angelegenheit des Staates und der Gesetze, sondern eine der Historiker sei, fordern 19 Historiker am 13. Dezember 2005 die Rücknahme aller Gesetze, die Geschichte zu schreiben beanspruchen. Sie beziehen sich also nicht nur auf das Gesetz vom 23. Februar 2005, sondern auch auf die so genannte Loi Gayssot vom 13. Juli 1990, die die Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe stellt, auf das Gesetz zur Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern vom 29. Januar 2001 und auf das Gesetz zur Anerkennung der Sklaverei und des Sklavenhandels als Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom 21. Mai 2001. Unterzeichnet haben diese Aufforderung Jean-Pierre Azéma, Elisabeth Badinter, Jean-Jacques Becker, Françoise Chandernagor, Alain Decaux, Marc Ferro, Jacques Julliard, Jean Leclant, Pierre Milza, Pierre Nora, Mona Ozouf, Jean-Claude Perrot, Antoine Prost, René Rémond, Maurice Vaisse, Jean-Pierre Vernant, Paul Veyne, Pierre Vidal-Nacquet und Michel Winock (*Le Monde*, 14.12.2005).

Am 20. Dezember 2005 veröffentlichten 23 Historiker, Rechtsanwälte, Mediziner und Anwälte eine Petition in *Le Monde*, in der sie „die Amalgamierung eines höchst diskutablen Gesetzesartikels mit drei weiteren Gesetzesartikeln, die völlig anderer Natur sind, als schädlich“ bewerteten. Die anderen Artikel „erkennen belegte Fakten in Sachen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an, um gegen deren Leugnung anzugehen und die Würde der Opfer, die durch diese Leugnung beleidigt werden, zu bewahren.“

Arno Klarsfeld, ein Sohn Serge Klarsfelds, der sich besondere Meriten beim Kampf um die Aufarbeitung des Holocausts in Frankreich erworben hat, wurde im Dezember vom UMP-Vorsitzenden Nicolas Sarkozy mit einer Studie zu dem umstrittenen Gesetzesartikel beauftragt. In einem Beitrag für *Le Monde* erinnert Klarsfeld daran, dass der Staat immer schon Schiedsrichter über die verschiedenen Erinnerungen und Erinnerungskulturen gewesen ist und im Sinne der Einheit der Nation bestimmte geschichtliche Momente in besonderer Weise bewertet hat. So etwa den 14. Juli

als Tag des Ausbruchs der Französischen Revolution, statt etwa den 19. Januar 1816, den Tag, an dem die Erinnerung an die Opfer der Revolution festgeschrieben wurde. Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Februar 2005 lasse zwar Gerechtigkeit gegenüber den positiven Aspekten der Kolonisierung walten, aber „der erste Teil von Artikel 4 ist inakzeptabel, weil er allein die ‘positive Rolle’ der französischen Präsenz hervorhebt, ohne daran zu erinnern, worin die beachtlichen Untaten der Kolonisation bestanden haben.“ (*Le Monde*, 28.12.2005).

Der PS versucht, sein Versagen zu kaschieren

François Hollande, Erster Sekretär des PS, veröffentlicht gemeinsam mit Victorin Lurel, dem bereits zitierten Abgeordneten aus Guadeloupe, eine Erklärung (*Le Monde*, 13.12.2005), in der er entgegen dem Gerede von „Ungeschicklichkeiten“ betont, der Beschluss über den Artikel 4 stelle schuldhaftes Verhalten dar. Die Schuld liege darin, „dass man die Auswirkungen nicht richtig eingeschätzt hat, welche die hinterlistige und heimliche Einführung dieses kleinen Satzes am Ende eines gewöhnlichen und trüben Nachmittags auf die ehemaligen französischen Besitzungen haben könnte.“ Entgegen dieser Darstellung Hollandes belegen die Sitzungsmitschriften, dass hier nichts heimlich und hinterlistig eingeführt wurde, was spät an einem gewöhnlichen und trüben Nachmittag unbeachtet abgestimmt worden wäre. Vielmehr wurde die „positive Rolle“ der französischen Kolonialherrschaft allenthalben sehr deutlich artikuliert, auch vom Sprecher der Sozialisten. Hollande distanziert sich im Übrigen an dieser Stelle auch gar nicht vom Inhalt des Artikels 4, sondern hebt nur ab auf dessen Wirkungen nach außen. Diese „Ungeschicklichkeit [...] kompromittiert die Politik der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit den Ländern Asiens und Afrikas.“ Erst im zweiten Teil der Erklärung liest man auch deutliche Kritik am französischen Kolonialismus. Sie stammt wahrscheinlich aus der Feder des Abgeordneten aus Guadeloupe. Jedenfalls stimmt sie, zumindest teilweise, mit seinen Ausführungen während der Parlamentsdebatte zum Antrag der So-

zialisten vom 29. November 2005 überein. Zusätzlich wird hier noch aus Aimé Césaires Schrift „Discours sur le colonialisme“ von 1950 zitiert, die offenbar heute, nach mehr als 50 Jahren, für die französischen Debatten immer noch eine große Aktualität besitzt.

Chiracs Befreiungsschläge

Der Elysée veröffentlicht ein Kommuniqué, in dem der Präsident seinem Wunsch Ausdruck verleiht, „der Verfassungsrat möge sich, angerufen durch den Premierminister gemäß Artikel 37, Absatz 2 der Verfassung zur Rechtmäßigkeit des zweiten Absatzes von Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Februar 2005 äußern, und zwar im Hinblick auf seine Streichung“. Nach einer entsprechenden Erklärung des Verfassungsrates, die offenbar schon mit dem Elysée abgestimmt worden war, kann die Regierung ohne weitere Parlamentsdebatten den Absatz des Gesetzes, der gut einen Monat lang für Aufregung gesorgt hatte, per Dekret außer Kraft setzen. Dieses Verfahren hat mehrere Vorteile: Es kommt nicht mehr zu Parlamentsdebatten, die Regierungspartei muss sich nicht selbst widersprechen, und wegen der möglichen Schnelligkeit dieser Prozedur kann der algerisch-französische Freundschaftsvertrag, dessen feierliche Festschreibung bislang an jenem Artikel scheiterte, doch noch in absehbarer Zeit unterschrieben werden – der Präsidentschafts-Prätendent Sarkozy hatte mit der allgemein begrüßten Lösung nichts zu tun. (*Le Monde*, 27.1.2006).

Unter dem Druck der Ereignisse ist Chirac auch dem Vorschlag des Komitees für die Erinnerung an die Sklaverei unter Vorsitz der Schriftstellerin Maryse Condé gefolgt, den 10. Mai (für Frankreich, in den DOM gelten andere Termine), also den Tag der Verabschiedung der Loi Taubira, als Gedenktag zur Erinnerung an Sklavenhandel und Sklaverei vorzusehen. Zugleich hat Chirac den Schriftsteller Edouard Glissant von der Insel Martinique damit beauftragt, die Planungen für ein nationales Zentrum in Gang zu setzen, das dem Sklavenhandel, der Sklaverei und ihrer Abschaffung gewidmet sein soll. Dazu erklärte er, „die Größe eines Landes liegt darin, dass es seine

ganze Geschichte akzeptiert. Mit ihren ruhmreichen, aber auch mit seinen Schattenseiten. Unsere Geschichte ist die einer großen Nation. Betrachten wir sie mit Stolz! Betrachten wir sie so, wie sie gewesen ist. So findet ein Volk sich selbst.“ (*Le Monde*, 31.1.2006).

Subsaharisches Afrika: Von der Kolonialthematik nicht betroffen?

Keine Proteste wurden aus den ehemaligen Kolonien in Schwarzafrika bekannt. Eine einleuchtende Erklärung für diesen Sachverhalt liefert ein Universitätsdozent aus Bamako/Mali: „Unsere Geschichtsbücher werden durch die ‘Coopération Française’ subventioniert, und die Behörden haben große Angst davor, Frankreich zu kritisieren und unsere Beziehungen zu dem Land zu kompromittieren.“ (*Le Monde*, 25./26.12. 2005).

Dass die Auseinandersetzung mit der kolonialen und postkolonialen Vergangenheit aber auch hier noch zu führen ist, zeigt unter anderem das Beispiel Togo. Hier spielt auch die deutsche koloniale und postkoloniale Vergangenheit noch eine Rolle.

Deutsch-französische koloniale Nachwehen in Togo

Am 14. Mai 2005 erscheint in *Le Monde* ein Artikel unter der Überschrift „Paris et Berlin font des analyses contradictoires de la crise au Togo“. Eine Erläuterung der deutsch-französischen Analysedifferenzen erfolgt bereits im Untertitel: „Ancienne puissance coloniale, l’Allemagne n’a jamais caché son hostilité envers un régime considéré comme ami par Jacques Chirac“. Es geht danach also nur vordergründig um eine aktuelle Analyse der Situation, sondern um die in beiden Ländern seit längerem vorhandenen emotionalen Einstellungen gegenüber einem bestimmten togoischen Regime: Deutschland sei ihm als ehemalige Kolonialmacht feindlich gesinnt, obwohl oder weil es von Chirac als befreundetes Regime angesehen werde.

Die Geschichte, die dazu in diesem Artikel (und in weiteren Beiträgen derselben Zeitung) erzählt wird, spricht allerdings eine andere Sprache

als die zitierte Überschrift. Hier geht es nicht um Differenzen zwischen alten europäischen Kolonialmächten, sondern um die Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten, massive Wahlfälschungen und Übergriffe des Militärs gegenüber Oppositionellen, die viele hunderte Tote und tausende Verletzte zu beklagen gaben. *Libération* titelte denn auch realistischer: „L’intenable position de la France au Togo. Alors que l’UE et les Etats-Unis dénoncent une présidentielle entachée de fraudes, Paris félicite le nouvel élu.“ (7.5.2005).

Nach dem Tod des langjährigen Diktators Eyadéma Gnassingbé im Februar 2005, der 2003 dank einer pseudo-demokratischen Wahl seine Macht unter dem Anschein der Legitimität behalten konnte, hatte das ihm stets treu ergebene Militär seinen Sohn Faure an die Macht gepusht. Er musste zunächst dank internationalem Druck zurücktreten und einen Gang an die Urnen ankündigen. Bei den gefälschten und in einem Klima des Terrors durchgeführten Wahlen vom 24. April 2005 wurde Faure Gnassingbé zum neuen Präsidenten von Togo gewählt. Auf Drängen der internationalen Gemeinschaft hat er sich immerhin bereit erklärt, die Opposition an der Macht zu beteiligen. Von einer wirklichen Machtbeteiligung kann jedoch keine Rede sein. Alle Schlüsselfunktionen in seinem Land sind weiterhin von Vertrauensleuten aus seinem Stamm besetzt.

Jacques Chirac hat dem neuen Präsidenten gleich nach dessen Wahl seine Glückwünsche ausgesprochen, verbunden mit den besten Wünschen für einen vollen Erfolg seiner Arbeit. Deutschland hingegen sah und sieht die Wahl wegen der unbestrittenen Fälschungen und der Morde an Oppositionellen durch die Militärs erklärtermaßen kritisch. Damit steht Deutschland nicht alleine da. Das Europäische Parlament hat am 12. Mai 2005 festgestellt, dass es Faure Gnassingbés „Legitimität nicht anerkennen“ könne.

Paris folgt mit seiner Anerkennung offiziell dem Votum der CEDEAO (Communauté Economique des Etats de l’Afrique de l’Ouest), aber diese Organisation umfasst im Wesentlichen Staaten, die französische Truppen auf ihrem Territorium stationiert haben und deren Währung von Paris kontrolliert wird. Chirac könnte sich dennoch mit dieser Legitimierung zufrieden ge-

ben, wenn Togo nicht europäische Entwicklungshilfe benötigte, die vor zwölf Jahren wegen demokratiefeindlichen Verhaltens von Faures Vater Eyadéma eingestellt worden ist. Für die Wiederaufnahme dieser Hilfen, die Frankreich nicht durch eigene Mittel ersetzen kann und will, braucht es die Mithilfe Deutschlands. Um Deutschland unter Druck zu setzen, werden ihm seitens des Elysée laut eingangs zitiertem Artikel zwei Ereignisse vorgehalten. Zum einen soll ein Bericht über die Vermutung massiver Wahlfälschungen, den ein Vertreter der EU in Togo verfasst haben soll, durch deutsche Indiskretion ins Netz gelangt sein. Dieser Vorwurf wurde demontiert, nicht aber der Inhalt dieses Berichts. Zum anderen hat Paris den togoischen Innenminister François Boko, der nach Kritik an den Wahlfälschungen seines Amtes enthoben worden war und sich in die Deutsche Botschaft in Lomé geflüchtet hatte, vor den Mordgesellen des neuen Machthabers gerettet, indem es ihn nach Frankreich ausgeflogen hat. Für diesen Gefallen erwarte man im Elysée von den Deutschen, heißt es in unserem eingangs zitierten Artikel, dass sie nunmehr Gnassingbé dabei helfen, jene internationale Reputation zurückzugewinnen, die allein dazu führen kann, dass das Manna aus Brüssel wieder auf Lomé herabregnet.

Die Einstellung des Elysée wird vom Berichterstatter gleich anschließend auf der selben Seite durch ein Interview mit dem Vorsitzenden der togoischen Menschenrechtsorganisation, Adoté Ghandi Akwei, mit hinreichender Deutlichkeit kommentiert. Akwei erklärt unter anderem: „Frankreich hat uns enttäuscht, indem es systematisch die Augen vor den Fälschungen und den Übergriffen verschlossen hat. Die jungen Leute glauben nicht mehr den Reden über die Menschenrechte, und wir haben keine Argumente gegenüber denen, die Frankreich die Verantwortung für das hier geben.“

Mit solchen Frankreich-kritischen Stellungnahmen aus der Opposition nähern wir uns nun auch der Antwort auf die Frage nach Deutschland

als Rivale Frankreichs in Togo. Schon vor Monaten hatte *Le Monde* (5.3.2005) eine diplomatische Quelle zitiert, wonach es dem Elysée um jeden Preis darauf ankomme, den Wahlsieg des togoischen Oppositionsführers Gilchrist Olympio zu verhindern. Denn der sei Frankreich gegenüber kritisch eingestellt und sehr deutschfreundlich. Eine ähnliche Einstellung hatte schon seinen Vater, Sylvanus Epiphanio Olympio, der von 1958 bis zur Unabhängigkeit des Landes Ministerpräsident und danach von 1960 bis 1963 Präsident Togos gewesen war, das Leben gekostet. Günter Krabbe, ein deutscher Afrika-Berichterstatter, der sich zu dieser Zeit in Togo aufhielt, hat über die damaligen Ereignisse in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (20.6.2005) berichtet. Olympio hatte sich von französischer Vormundschaft befreien wollen und nicht nur einen neuen Hafen mit deutscher Entwicklungshilfe bauen lassen, sondern fertige Pläne zum Verlassen des Franc-

„Frankreich hat uns enttäuscht, indem es systematisch die Augen vor den Fälschungen und den Übergriffen verschlossen hat. Die jungen Leute glauben nicht mehr den Reden über die Menschenrechte.“

bundes und zur Einführung einer von der Deutschen Bundesbank garantierten Währung in der Schublade liegen. Unmittelbar vor Unterzeichnung der Verträge wurde er ermordet, und zwar von niemand anderem als dem Vater von Faure Gnassingbé, Eyadéma Gnassingbé. Der hatte in der Infanterie Coloniale Française in

Algerien gedient. Nach dem Verlust Algeriens wurden diese Soldaten nicht mehr benötigt, und Frankreich schickte sie ohne Sold und Abfindung in ihre Heimatländer zurück. Eyadéma forderte mit seinen Kameraden in Togo vergeblich seinen Sold ein. Die Zahlungen wurden mit dem Hinweis verweigert, dass Togo keine Veranlassung habe, Soldaten zu alimentieren, nur, weil sie einer fremden Macht gedient hätten. Darauf zogen sie nach Bénin, das Heimkehrer aus französischen Kolonialkriegen gerne aushielt. Das konnte Hubert Maga, Präsident des Landes, deshalb problemlos leisten, weil sein Staatsdefizit großzügigerweise von Frankreich übernommen wurde,

weshalb er im Gegenzug dafür Sorge trug, dass die in seinem Land tätigen französischen Unternehmen nicht durch deutsche, britische oder andere Konkurrenz behelligt würden. Als Maga erfuhr, dass Eyadéma und andere die Ermordung Olympios planten, soll er General de Gaulle angerufen und gefragt haben, ob er Olympio schützen solle. De Gaulle habe die Frage mit dem Ausspruch beantwortet, es handele sich um eine interne Angelegenheit Togos. Damit war Olympios Schicksal besiegelt. Sein Haus wurde gestürmt und mit Maschinengewehren zerschossen. Er selbst konnte sich zunächst noch im Schutze der Nacht auf dem benachbarten Gelände der amerikanischen Botschaft verstecken. Bei Tagesanbruch fand ihn jedoch Eyadéma dort in einem Auto versteckt und streckte ihn mit drei Schüssen zwischen die Augen nieder. Der erwähnte deutsche Berichterstatter setzte dazu eine Meldung ab und wurde daraufhin auf Wunsch des französischen Botschafters aus Togo ausgewiesen.

Drei Jahre später putschte sich Eyadéma an die Macht und behielt sie über 38 Jahre. Nach seinem Tod in diesem Jahr erklärte Jacques Chirac: „Mit ihm geht ein Freund Frankreichs von uns, der für mich ein persönlicher Freund gewesen ist.“

Togo als Drehscheibe französischer Geheimoperationen

Seit Eyadéma an der Macht war, galt Togo als Drehscheibe aller französischen Geheimoperationen auf dem schwarzen Kontinent. Er galt auch als großzügiger Spendenlieferant für französische politische Parteien. Auch Gelder aus anderen afrikanischen Ländern sollen auf dem Weg nach Paris den Umweg über Togo genommen haben, wo sie in Koffer mit Geldscheinen verwandelt wurden.

Das mag nach *Le Monde* die besondere Zuneigung von Politikern der Rechten wie der Linken für den afrikanischen Diktator erklären (*Le Monde*, 5.3.2005). Erklärbar wird angesichts der Vorgeschichte auch, weshalb verummte Milizen des neuen Machthabers in Togo das Goethe-Institut gestürmt und abgefackelt haben (*Le Monde*, 30. 4./1.5.2005).

Wie dem auch sei, frühere Gründe für deutsch-französische Differenzen in Sachen Togo sind nicht länger erkennbar. Es gibt keinen Wettstreit zwischen Mark und Franc, und aus dem Wirtschaftsleben des Landes haben sich die Franzosen fast vollständig zugunsten der Libanesen zurückgezogen. Sollte es da nicht möglich sein, statt Reflexen nach alter Kolonialherrenart dem deutsch-französischen Reflex zu folgen und gemeinsam an einer europäischen Afrikapolitik zu arbeiten? Dabei könnte man vielleicht auch jene hehren Prinzipien wie etwa die Menschen- und Bürgerrechte beherzigen, für die Europa steht oder stehen sollte. Frankreichs Diplomatie hat im Übrigen schon vor Jahren begonnen, selbst in Bezug auf Afrika mehr in Richtung Europa zu schauen (siehe *Dokumente*, 6/1999, S. 471–482). Chirac hatte dann allerdings nach seiner Wiederwahl 2002 die europäische Flagge eingeholt und wieder die Trikolore gehisst. Dennoch wird neuerdings wieder angeregt, die France-Afrique-Gipfel durch Europa-Afrika-Gipfel zu ersetzen. Deutschland sollte seinen Partner (der allerdings vorerst bei der Formel „Afrique-France“ bleiben möchte, *Le Figaro*, 3./4.12.2005) auf diesem Weg nachdrücklich unterstützen. Das würde die Aufarbeitung der kolonialen und postkolonialen Vergangenheit in beiden Ländern zweifellos erleichtern.

1 www.senat.fr/seances/s200312/s20031217/s20031217001.html, März 2006.

2 Assemblée Nationale: Journal officiel de la République Française, compte rendu intégral des séances du vendredi 11 juin 2004; www.assemblee-nationale.fr, März 2006.

3 www.assemblee-nationale.fr/12/cr/2994-2005/, März 2006.

4 Loi portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 4, 23 février 2005.

5 www.noiresmemoires.rfo.fr/imprimer.php3?id_article=36, März 2006.

Kolonialismus und Sklaverei

Zur Debatte in den Überseegebieten

Ortwin Ziemer*

» Die gesetzliche Festschreibung einer positiven Rolle der früheren französischen Kolonialmacht ist in den Augen der Übersee Franzosen nicht nur historisch unhaltbar, sondern zementiert vor allem ihre Diskriminierung als Bürger zweiter Klasse.

Das Gesetz vom 23. Februar 2005 über die positive Rolle der französischen Kolonisierung ist in den Überseegebieten, die historisch neben Nordafrika und Indochina von Sklaverei und Kolonialismus am meisten betroffen waren, verständlicherweise auf besondere Ressentiments gestoßen. Um zu verstehen, inwiefern diese beiden Phänomene noch heute das Lebensgefühl, das kollektive Bewusstsein und damit schlicht die Identität der Übersee Franzosen entscheidend beeinflussen, ist ein kurzer historischer Rückblick unumgänglich.

Der Sklavenhandel zwischen Afrika, den Antillen, Nordamerika und den Inseln des Indischen Ozeans bleibt für die französischsprachigen Bewohner dieser Gebiete, ob inzwischen unabhängig geworden oder noch zu Frankreich gehörig, mit dem Kolonialzeitalter untrennbar verbunden. Daher ist es auch unmöglich und geradezu verfehlt, beide Probleme isoliert betrachten zu wollen. Bereits während der französischen Revolution war der Versuch unternommen worden, den offensichtlichen Widerspruch zwischen dem revolutionären Gleichheitsideal und der Wirklichkeit in den französischen Kolonien zu korrigieren. Im Jahre 1794 bereits schaffte die französische Nationalversammlung die Sklaverei offiziell ab und wollte der schwarzen Bevölkerung der Kolonien die gleichen Bürgerrechte wie allen anderen Franzosen zuerkennen. Zum einen wurde diese Maß-

nahme in den fernen Kolonien jedoch nie umgesetzt. Sie wurde dort einfach ignoriert, wohl wissend, dass das Mutterland, damals immerhin mehrere Monate per Schiff entfernt, kaum die logistischen und militärischen Mittel hatte, sie vor Ort durchzusetzen. Zum anderen stellte Napoleon bereits 1802 unter dem Konsulat den alten Zustand durch die Wiedereinführung der Sklaverei wieder her.

Erst nach der Revolution von 1848, die mit dem Sturz des Bürgerkönigs Louis-Philippe der Monarchie in Frankreich ein endgültiges Ende setzte und zur Ausrufung der II. Republik führte, wurde am 27. April desselben Jahres die Sklaverei in den Kolonien definitiv beendet. Die Initiative dazu ging von dem Elsässer Victor Schoelcher aus, der in der Provisorischen Regierung der II. Republik den Posten eines Unterstaatssekretärs für Kolonien und Marine innehatte. Es waren vor allem die Eindrücke, die er während einer Geschäftsreise 1830 auf Kuba und in Mexiko gesammelt hatte, die ihn zu einem entschiedenen Gegner jeder Form von Sklavenhaltergesellschaft hatten werden lassen. Zum Jahresende 1848 war das Dekret schließlich in allen französischen Kolonien offiziell umgesetzt. Die sozialen Ungleichheiten allerdings blieben noch lange weiter bestehen, denn der Weg zu einer faktischen Gleichstellung der farbigen Bevölkerung war noch weit. Die nötigen sozialen und politischen Reformen,

* Ortwin Ziemer lebt als Korrespondent auf La Réunion und unterrichtet dort in französischen Europaklassen Deutsch, Geschichte, Landes- und Sozialkunde.

vor allem in Sachen Zugang zur Bildung und in puncto Bodenreform, wurden nicht von heute auf morgen auf den Weg gebracht. Die Widerstände in der noch stark konservativ geprägten Kolonialgesellschaft, die den Status quo trotz allem so gut wie möglich aufrechterhalten wollte, waren vor allem seitens der kolonialen Großgrundbesitzer noch viel zu stark ausgeprägt. Doch die Idee, dass alle Menschen zumindest vor dem Gesetz gleich zu sein haben, hatte sich durchgesetzt. Nur zu deutlich spricht der Geist der Aufklärung aus folgendem Zitat von Victor Schoelcher, mit dem er sein Dekret von 1848 kommentierte: „Wir dürfen nicht aufhören, es uns selbst und unseren Kindern zu sagen, dass, solange es noch einen Sklaven auf dieser Erde gibt, die Demütigung und Herabsetzung dieses Mannes eine ständige Beleidigung der gesamten Menschheit ist.“¹

Statuswechsel, aber keine soziale Gleichstellung

Es sollte nochmals fast ein ganzes Jahrhundert dauern, bis am 19. März 1946 die französische Nationalversammlung ein Gesetz verabschiedete, das für die Geschichte und die Identität der Bewohner der französischen Überseegebiete sicherlich die gleiche immense Bedeutung hat wie die Abschaffung der Sklaverei 98 Jahre zuvor und das nach Meinung vieler Experten, aber auch des Großteils der Bevölkerung eine wenig später, so doch logische und unverzichtbare Fortschreibung bedeutet: Namentlich auf die Initiative dreier Überseeabgeordneter hin wurden damals die Antillen-Inseln Martinique und Guadeloupe, auf dem südamerikanischen Kontinent Französisch-Guayana sowie im Indischen Ozean Réunion zu französischen Departements aufgewertet. Die Bezeichnung Überseedepartements, die heute im politischen und administrativen Sprachgebrauch längst Allgemeingut geworden ist, taucht signifikanterweise in dem Gesetzestext gar nicht auf.

Welche symbolische und welche konkrete Bedeutung hatte nun dieser Statuswechsel für die Menschen in Übersee, und weshalb ist dieses Ereignis von 1946 im Zusammenhang mit dem umstrittenen Gesetz von 2005 über die Rolle des

französischen Kolonialismus von solch entscheidender Bedeutung? Auch hier können Stellungnahmen der Schlüsselgestalten der Einführung des Departementsstatus im Jahre 1946 zum besseren Verständnis dienen. So erklärte Aimé Césaire, schon damals Abgeordneter Martiniques in der verfassungsgebenden Nationalversammlung, am 12. März 1946: „In einem Moment, wo im Ausland Gerüchte über Sezessionsbestrebungen [der französischen Antillen vom Mutterland] verbreitet werden, ist die Forderung nach endgültiger und gleichberechtigter Integration [der bisherigen Kolonien in den französischen Staatsverband] eine Anerkennung des französischen Genius, der im derzeitigen internationalen Kontext von ganz besonderer Bedeutung ist.“ Nur zwei Tage später erklärte Raymond Vergès, kommunistischer Abgeordneter Réunions: „Schon als Frankreich noch in vollem Glanz leuchtete, haben wir unsere Integration gefordert, da wir in Frankreich aufgehen wollten. Heute, da Frankreichs Macht gemindert worden ist, ist dieser unser Wille stärker als je zuvor.“ Der Standpunkt der beiden Parlamentarier wurde ergänzt und abgerundet durch die Sichtweise von Léon de Lepervanche, Parteifreund von Raymond Vergès und zugleich bedeutender reunionesischer Gewerkschaftsführer der unmittelbaren Nachkriegszeit: „Bislang hat es der Kolonialstatus den herrschenden sozialen Klassen ermöglicht, allein ihre Interessen durchzusetzen. In der derzeitigen schwierigen Lage muss dem durch die Gleichberechtigung der bisherigen Kolonien ein Ende gesetzt werden.“²

Wie man sieht, war das Erbe des Revolutionszeitalters und der Abschaffung der Sklaverei, also die Forderung nach Rechtsgleichheit und der unbedingte Wille der Zugehörigkeit zur französischen Nation, in dem dringenden Wunsch der Volksvertreter der Überseegebiete, Departements zu werden, nach wie vor lebendig. Gleichzeitig aber war dieser Prozess unvollendet geblieben. Der Aspekt der sozialen Gleichstellung fehlte, was sich in der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Nachkriegszeit in den ehemaligen Kolonien ganz besonders bemerkbar machte, wie die zitierte Äußerung Léon de Lepervanches verdeutlicht. Hier bestand der größte Nachholbedarf. Da all diese Aspekte noch heute fortwirken, war dieser

Rückblick erforderlich, um den Gemütszustand der Lokalbevölkerung im Zusammenhang mit der Debatte um das umstrittene Gesetz vom Februar 2005 besser hinterfragen zu können.

Als Nicolas Sarkozy schließlich vom 9. bis 11. März 2006 doch noch seinen drei Monate zuvor geplanten, aber dann aufgeschobenen Besuch auf den Antillen nachholte, wurde nochmals deutlich, warum der Protest gegen jenes Gesetz gerade in Übersee und speziell auf jenen Inseln so vehement ausgefallen war. Viele Einwohner Guadeloupes und besonders Martiniques, die Nachfahren ehemaliger Sklaven sind, fühlten sich durch dieses Gesetz geradezu persönlich beleidigt. Sie waren der Ansicht, dass die Behauptung, die frühere Kolonialmacht habe damals eine positive Rolle gespielt, nicht nur historisch unhaltbar sei, sondern sie implizit nach wie vor zu Bürgern zweiter Klasse abstempelt. Die Menschen auf den Antillen fühlten sich durch das Gesetz in dem Eindruck bestärkt, sie würden, ganz gleich ob offensichtlich oder unterschwellig, sowohl in ihrer eigenen Heimat als auch im Mutterland, allein wegen ihrer sozialen und geographischen Herkunft und oft auf Grund ihrer Hautfarbe auch heutzutage noch diskriminiert.

Das Mea Culpa Sarkozys

Im Pariser Vorstadtgürtel, wo die Ausschreitungen und Proteste im vergangenen Herbst besonders heftig ausgefallen waren, lebt ein Großteil der von den Antillen stammenden Franzosen, die sich im Mutterland niedergelassen haben. Sie haben oft große Mühe, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt zum Zuge zu kommen. Viele von ihnen fühlten sich daher ins Visier genommen, als Sarkozy bei mehreren Ortsterminen anlässlich der Unruhen in den Vorstädten medienwirksam erklärte, er werde diese Stadtviertel nötigenfalls mit dem Kärcher von allem Gesindel reinigen. Diese Äußerungen wurden Sarkozy auf den Antillen besonders übel genommen, obgleich er in der Fol-

gezeit mehrfach betonte, er habe niemand persönlich angreifen und schon gar nicht ganze Bevölkerungsgruppen, sei es nun die Jugend der Vorstädte oder aber die von den Antillen stammenden oder dort wohnenden Franzosen, über einen Kamm scheren wollen.³ Doch seine Äußerungen saßen tief, und Sarkozy hatte sichtlich Mühe, sie

„Viele Einwohner Guadeloupes und Martiniques, Nachfahren ehemaliger Sklaven, fühlten sich durch das Gesetz persönlich beleidigt.“

wenn nicht vergessen zu machen, so doch zumindest seine persönlichen Beziehungen zur Bevölkerung der französischen Antillen wieder zu normalisieren. Intensives po-

litisches Lobbying war nötig, um die Kastanien im Zeichen des beginnenden Vorwahlkampfes doch noch aus dem Feuer zu holen. Kurz bevor Sarkozy schließlich seinen Besuch doch noch antrat, richtete er in der Tageszeitung *France Antilles* einen offenen Brief an die Lokalbevölkerung, in dem er erklärte: „Ich habe mir in letzter Zeit über diese heikle Frage richtiggehend den Kopf zerbrochen. Ich möchte unbedingt durch den direkten Dialog mit Ihnen die genaue Art der lebhaften Gefühle kennen lernen, die die Einwohner von Martinique und Guadeloupe in den letzten Monaten zum Ausdruck gebracht haben. Heute kann ich besser verstehen, welche tiefe Wunde da wieder aufgerissen wurde. Ich kann jetzt nachvollziehen, dass da eine Verbindung zwischen Kolonialismus und Sklaverei hergestellt worden ist.“⁴

Dieses Eingeständnis kam nun quasi einem Mea Culpa gleich, wenngleich es auch keine explizite Entschuldigung war, wie sie nicht nur von der traditionell gegenüber dem Mutterland sehr kritisch eingestellten politischen Linken auf Martinique, sondern auch von Teilen der lokalen Rechtsparteien gefordert wurde. Letztere legen großen Wert darauf, ihre Eigenständigkeit gegenüber der UMP des Mutterlandes zu wahren, könnten jedoch für Sarkozy im Hinblick auf den Präsidentschaftswahlkampf 2007 eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Daher die Bedeutung dieses angedeuteten Versöhnungsversuchs. Dass dieser aber keinesfalls vollständig gelungen ist, wurde gleich zweifach deutlich. Aimé Césaire

hatte bis zuletzt offengelassen, ob er diesmal bereit sei, Sarkozy zu treffen, und ironisch erklärt: „Warum will er mit mir sprechen? Wer ist dieser junge Mann? Ich kenne ihn nicht.“⁵ Als er sich dann schließlich doch eine gute Stunde mit Sarkozy unterhalten hatte, schrieb Césaire ihm am Ende ins Stammbuch: „Die Lehre der Geschichte Martiniques, der Kampf des Menschen um eine lebenswerte Welt für alle, ist die Aufgabe der neuen Politikergeneration.“

Schien das Verhältnis zwischen beiden Politikern letztlich doch von einer gewissen gegenseitigen Wertschätzung geprägt, so sind die Ressentiments in der Bevölkerung nach wie vor sehr lebendig, und der Bezug zur Affäre um das Kolonialismusgesetz wurde sofort nochmals überdeutlich. Bei den sehr populären Karnevalsumzügen wenige Wochen vor Sarkozys Besuch wurde in den Straßen von Fort-de-France eine Figur eines Siedlers aus der Kolonialzeit verbrannt, dessen Gesichtszüge eine unverwechselbare Ähnlichkeit mit Sarkozy aufwies und der ein Plakat mit dem verhassten Gesetzestext auf dem Rücken trug. Der Innenminister wird auf den Antillen also auch weiterhin die sprichwörtlichen dicken Bretter bohren müssen.

Auf Réunion fielen die Reaktionen auf die anderswo sehr hitzig geführte Debatte um die gesamte Affäre weitaus gemäßigter aus. Bezeichnenderweise erschienen in den lokalen Tageszeitungen sogar Leserbriefe, die sich über das Fehlen jeglicher Diskussion bezüglich dieses Themas beschwerten und den reunionesischen Politikern geradezu Apathie vorwarfen. Ein hervorstechender Standpunkt blieb allerdings unter den wenigen Stellungnahmen in Erinnerung, die auf der Insel

im Indischen Ozean zu dem Thema gemacht wurden: In einer RFO-Fernsehdiskussion erklärte der Zeithistoriker Yvan Combeau im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Endes des Kolonialzeitalters, vor allem der offensichtliche Widerspruch zwischen den beiden Gesetzen über die Anerkennung der Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit von 2001 und die Rolle Frankreichs als Kolonialmacht aus dem vergangenen Jahr sei für ihn völlig unverständlich und hätte von den Abgeordneten wie von der Pariser Regierung eigentlich viel früher bemerkt werden müssen, wodurch man sich die gesamte Affäre hätte ersparen können. In einem Interview mit der Inselzeitung *Le Quotidien* legte der bekannte Akademiker den Akzent jedoch noch auf einen anderen, im Endeffekt weitaus bedeutenderen Aspekt: Trotz der Kontroverse um das erwähnte Gesetz und vor dem Hintergrund andernorts blutiger Kolonialkriege sei die Umwandlung der vier ehemaligen Kolonien in französische Departements, wenngleich auch heute noch viel zu tun bleibe, im Rückblick eine originelle und vor allem größtenteils gelungene Form der Entkolonialisierung.⁶ In diesem Sinne erklärte Jacques Chirac in einer viel beachteten Ansprache Ende Januar 2006, in der er den 10. Mai als künftigen nationalen Gedenktag zu Ehren der Opfer der Sklaverei bekannt gab: „Die Größe einer Nation besteht darin, zu ihrer gesamten Geschichte zu stehen, mit ihren ruhmreichen Augenblicken, aber auch mit ihren Schattenseiten.“⁷ Sollte dies gelingen, aber auch nur dann, wird sich sicherlich ganz Frankreich in Zukunft mit seiner kolonialen Vergangenheit objektiv auseinandersetzen können.

1 Zitiert nach Daniel Vaxelaire: *Le grand livre de l'histoire de la Réunion*. Editions Orphie, St.-Denis-de-la-Réunion 1999, Band 1, S. 341.

2 Alle drei Stellungnahmen sind im französischen Originaltext nachzulesen in: Daniel Vaxelaire, a.a.O., Band 2, S. 602.

3 Vgl. Beispielsweise das Interview mit Nicolas Sarkozy in der Tageszeitung *France Antilles* vom 7.12.2005. Die französischen Ausdrücke, die die Empörung hervorgerufen hatten, waren vor allem: „nettoyer au kärcher“ und „racaille“.

4 Nicoas Sarkozy: „Lettre aux Antillais“, *France Antilles*, 6.3.2006.

5 Vgl. *France Antilles*, 8.3.2006.

6 „Questions à Yvan Combeau“, *Le Quotidien de la Réunion*, 15.3.2006, S. 8.

7 www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais/interventions/discours_et_declarations/2006/janvier, März 2006.

Ist der antirassistische Konsens in Gefahr?

Das Ende der multikulturellen Euphorie

Martina Zimmermann*

» Der Fall des in Paris entführten und ermordeten Ilan Halimi ist nur eines von zahlreichen antisemitisch und rassistisch motivierten Verbrechen der jüngsten Zeit. Verstärktes Communitydenken führt dazu, dass die Frage nach der Herkunft der Opfer vor der Frage nach den Opfern rangiert.

Soviel Politprominenz gab es selten auf einer Demonstration. Am 26. Februar 2006 riefen der Dachverband der Juden Frankreichs und andere Organisationen, darunter die Menschenrechtsliga und die Antirassismusorganisation SOS Racisme, zum Marsch gegen Antisemitismus und Rassismus auf, nach einem Verbrechen, das einen antisemitischen Hintergrund haben könnte: Am 21. Januar war der 23-jährige Pariser Ilan Halimi, Verkäufer in einem Telefongeschäft, entführt worden. Es kam nie zu einer Lösegeldzahlung, weil die offensichtlich nicht sehr professionellen Kidnapper immer wieder die geforderte Summe oder auch die Treffpunkte änderten. Drei Wochen später, am 13. Februar, wurde der junge Mann sterbend in der Nähe eines Bahnhofs im Süden von Paris gefunden: Er überlebte Gewalt, Kälte und Erschöpfung nicht. Die Autopsie stellte an 80 Prozent des Körpers Verbrennungen fest, zahlreiche Blutungen und Quetschungen, eine Wunde an der Wange, die durch einen Cutter zugefügt worden war, sowie zwei Messerstiche unter der Kehle.

Ilan Halimi war in einer Siedlung im südlichen Pariser Vorort Bagneux festgehalten worden. Die junge Frau, die der Bande als Köder gedient haben

soll, stellte sich am 14. Februar der Polizei und gab die Namen der Bandenmitglieder preis. 17 junge Leute wurden festgenommen; der mutmaßliche Bandenchef, der Franzose Youssouf Fofana, wurde in Abidjan in der Elfenbeinküste, wo seine Familie herkommt, dingfest gemacht und an die französische Justiz ausgeliefert.

Das brutale Verbrechen hätte gereicht, um in ganz Frankreich Entsetzen auszulösen. Erschwerend kam hinzu, dass das Opfer jüdisch war. Einer der Verdächtigen soll antisemitische Gründe für den Mord genannt haben, zumindest seien die Kidnapper davon überzeugt gewesen, dass „Juden Geld haben“, was Ilan Halimi zu einem bevorzugten Opfer gemacht haben könnte. Der Ermittlungsrichter nahm Antisemitismus als erschwerenden Umstand in die Anklage auf.

An einer Zeremonie für den jungen Mann in der großen Pariser Synagoge nehmen am 23. Februar 2006 Präsident Chirac und Premierminister de Villepin teil. Die Demonstration am darauffolgenden Sonntag wird von fast allen Parteiführern und den meisten Präsidentschaftskandidaten angeführt. Alle erklären in etwa dasselbe: „Das ist eine Botschaft an die Familie“, sagt Kulturminister

* Martina Zimmermann ist freie Hörfunkkorrespondentin für die öffentlich-rechtlichen Anstalten und lebt in Paris.

Donnedieu de Vabres in die Mikrofone der Journalisten. „Aber es ist auch eine politische Botschaft: Dass in unserem Land das Zusammenleben und die Brüderlichkeit stärker sind als Hautfarbe, Religion und Herkunft.“

Von den Medien stark umringt wird der ehemalige sozialistische Premierminister Lionel Jospin, der als potenzieller Präsidentschaftskandidat der Linken gehandelt wird. „Wenn es einen Verdacht auf Antisemitismus gibt“, so Jospin, „ist es normal, dass wir auf der Demonstration dagegen dabei sind.“ Der absolute Superstar aber ist Innenminister Sarkozy, der als letzter eintrifft, umringt von Polizisten und Journalisten; letztere kommen meist gar nicht an ihn heran. Nachdem der Innenminister mit erklärten Präsidentenambitionen da ist, kann die Demonstration endlich beginnen, über eine Stunde später als geplant. Die normalen Demonstranten warteten bis dahin geduldig hunderte von Metern von den Prominenten entfernt hinter Absperrungen, was die Volksnähe der französischen Politiker vor Augen führt.

„Die machen nur Werbung für sich“, meint eine Frau mit einem Aufkleber „Liga der jüdischen Verteidigung“. Für sie zählen nicht die Sonntagsreden, so die Frau, sondern die Taten vor Ort. Sie wohnt im Pariser Vorort Sarcelles: „Unsere Kinder könnten mit einem Zug in drei Minuten bis zu ihrer Schule fahren“, berichtet sie. „Aber der Bürgermeister muss Schulbusse zur Verfügung stellen, weil unsere Kinder seit 2002 im Zug angegriffen werden.“ Michèle ist Mutter von drei Kindern in einem anderen Vorort, in Fontenay-sous-Bois. Vor zwei Jahren wurde ihr Sohn von einer Bande zusammengeschlagen, als er aus der Schule kam. „Wir sagen unseren Kindern, dass sie sehr vorsichtig sein sollen, – auf der Straße eine Kippa tragen, das ist heute nicht mehr möglich“, bedauert die Hausfrau.

Vertreter der verschiedenen Religionen, darunter Kardinal Lustiger und die Vorsitzende des muslimischen Frauenverbandes nehmen ebenfalls

an der Demonstration teil. Auch der Sänger Tiken Jah Fakoly aus der Elfenbeinküste oder der Rapper Doc Gyneco marschieren mit, und eine Organisation mit dem Namen „jüdisch-schwarze Freundschaft“. Doch die Mehrheit machen offensichtlich jüdische Bürger aus. Viele Araber oder Schwarze beklagen, dass bei Antisemitismus mehr unternommen werde als bei Rassismus ihnen gegenüber. Der 18-jährige David, der aus der Bretagne angereist ist, will von einer Konkurrenz unter den Communities nichts hören: „Wenn es ein Maghrebiner oder ein Andersfarbiger wäre, wäre ich auch hier“, erklärt der Schüler. „Ein solches Verbrechen ist unerträglich, ob das Opfer Jude,

Araber oder Schwarzer ist.“ Sein Vater pflichtet bei: „Wenn es jemand zu trösten gilt, dann die Mutter von Ilan, und ich bin nicht sicher, ob eine Million Menschen auf der Straße sie trösten können.“ 1991 demonstrierten nach der Schändung von jüdischen Gräbern auf dem Friedhof von Carpentras eine Million Franzosen in Paris gegen Antisemitismus, darunter der damalige Präsident Mitterrand. Nach dem

Mord an Ilan Halimi waren es laut Veranstalter 200 000, laut Polizei 30 000, die Wahrheit dürfte bei um die 60 000 liegen.

Youssef Fofana, der Bandenchef, der sich selbst „Barbarians Brain“ nannte, hat die Entführung von Ilan Halimi gestanden, sowie sechs weitere Kidnapping-Versuche. Fofana schweigt aber bisher dazu, was in der besagten Nacht geschah, als die Bande ihr Opfer loswerden wollte und mit Brennspritzen übergoß. Und er leugnet antisemitische Motive. Fofana soll in den vergangenen drei Jahren auch mehrere Notabeln und Berühmtheiten zu erpressen versucht haben, von den 20 Betroffenen sei ein Viertel jüdisch.

Salem Rami, ein 52-jähriger Sozialarbeiter, der sonst regelmäßig auf Demonstrationen seine Meinung kundtut, ob gegen Rassismus, für Laizität, gegen Fundamentalisten oder prekäre Arbeitsverträge, ist diesmal nicht dabei auf der Place de la République: „Hat man schon einmal von Juden gehört, die Opfer von Polizeiübergriffen wurden?“ fragt der Algerier, der in Frankreich aufgewachsen und keinesfalls Antisemit ist. Er denkt dabei an

„Wir sagen unseren Kindern, dass sie sehr vorsichtig sein sollen, – auf der Straße eine Kippa tragen, das ist heute nicht mehr möglich.“

die beiden Jugendlichen, die in Clichy-sous-Bois auf der Flucht vor der Polizei und deren Ausweiskontrollen in einer Stromanlage durch Elektroschock starben und die Aufstände in den Vororten im November letzten Jahres auslösten. Viele Araber oder Schwarze empfinden wie Salem Rami, dass Politiker und Medien bei Antisemitismus empörter reagieren als bei rassistisch motivierten Diskriminierungen ihnen gegenüber. Selbst wenn der Präsident des Conseil français du culte musulman an der Zeremonie für Ilan Halimi in der Synagoge teilnahm, die Muslime hielten sich mit Solidaritätsbekundungen zurück. „Es gibt individuelle Aktionen gegen Antisemitismus, aber davon dringt wenig an die Öffentlichkeit“, beobachtet der franko-israelische Journalist Joav Tokar. Die Juden jedenfalls sähen in den Muslimen keine Verbündeten. Ein Demonstrant, der aus Rennes angereist ist, drückt es so aus: „Hier ist Platz für alle, Christen, Juden, Araber, Gläubige oder Ungläubige. Es darf keinen Wettbewerb unter den verschiedenen Gruppen geben.“ Doch nach diesem allgemeinen Bekenntnis kommt gleich der auf Muslime gemünzte Seitenhieb: „Aber die, die nach Frankreich kommen, dürfen nicht unsere Gesetze ändern wollen. Die Juden haben nie darum gebeten, dass Gesetze dem Judentum angepasst werden. Wer nach Frankreich kommt, muss das Land mit seiner Geschichte respektieren.“

Vorbei sind die Zeiten von „Touche pas à mon pote!“ („Mach meinen Kumpel nicht an!“), dem Slogan von SOS Racisme in den 1980er Jahren. In weiter Ferne liegt die Antisemitismusdemonstration mit einer Million Menschen von 1991, oder auch die Solidaritätswelle mit den illegalen Einwanderern, den so genannten Sans-Papiers, Mitte der 1990er Jahre. Verfliegen ist die multikulturelle Euphorie von 1998, als Frankreich mit seiner gemischten Equipe de France Fußballweltmeister wurde.

Unbehagen in der jüdischen Gemeinde

Das Verbrechen an Ilan Halimi hat die Angst unter den Juden Frankreichs vergrößert, obwohl die Zahl der Übergriffe im letzten Jahr zurückgegan-

gen ist: 2005 wurden 974 rassistische oder antisemitische Straftaten begangen, ein Drittel weniger als im Vorjahr. Besonders die antisemitischen Delikte gingen um 48 Prozent zurück (504 gegenüber 974 im Vorjahr), die rassistischen betrug 2005 470 gegenüber 600 im Vorjahr. Dennoch fragen sich viele Juden heute erneut, ob ihre Kinder auch künftig ihren Platz in Frankreich haben werden. Der Journalist Joav Tokar meint dazu: „Es gibt die, die sehr emotional reagieren, und diese Menschen fühlen sich sehr betroffen, weil das auch an Erfahrungen aus der kürzer oder länger zurückliegenden Vergangenheit rührt.“ Doch es gebe auch eine rationalere, vorsichtiger Reaktion. Vielen sind die Ereignisse in jüngerer Zeit noch in Erinnerung, die zuerst als antisemitische Taten Schlagzeilen machten und sich dann als Schwindel herausstellten. Deshalb warten viele Juden erst einmal ab, bis die genauen Umstände geklärt sind. „Auf der Straße werden Sie Juden finden, die sehr stark reagieren“, so Tokar. „Aber was die Führer der jüdischen Gemeinschaft angeht, herrscht mehr Vorsicht und Zurückhaltung.“

Lydie Chaize wurde in einer jüdischen Familie geboren, aber sie fühlt sich als Französin und nicht als Jüdin, sie ist auch nicht gläubig. Für sie fand Antisemitismus bisher in den Vororten statt, als Pariserin fühlte sie sich davon nicht persönlich betroffen. Bis vor wenigen Tagen ihre Cousine anrief, die im Stadtzentrum von Orléans wohnt. „Sie ist wie ich nicht gläubig“, berichtet Lydie, „aber nach der Beerdigung von Ilan schrieb jemand auf ihre Haustür ‘Jüdin!’“ Die Cousine habe Klage eingereicht. Bisher habe es in Orléans keine ähnlichen Fälle gegeben. „Sie hat nun Angst um ihre Kinder. Sie trägt immer ein bisschen dick auf, aber sie ist mir sehr nahe, ist offen, multikulturell, laizistisch, und ich Sorge mich.“

Ein weiterer Vorfall wurde aus Schiltigheim im Elsass bekannt: Eine Sozialarbeiterin wurde dort im Frauengesundheitszentrum von zwei Männern angegriffen, die ihr den Namen „Mohammed“ auf den Bauch schrieben und die Worte „dreckige Jüdin“ an die Wand sprühten. Die Frau ist keine Jüdin, und ob die Täter im Grunde aus antisemitischen oder frauenfeindlichen Motiven gehandelt haben, etwa Abtreibungsgegner sind, ist ungeklärt. Vor dem Hintergrund der Entführung und

des Mordes an Ilan Halimi aber sorgte auch dieser Vorfall für Unruhe in der jüdischen Gemeinde. Im gleichen Zeitraum wurde auch ein 54-jähriger Mann in Ostfrankreich gekidnappt und zu Tode gequält. Er war kein Jude.

Ein weiterer Fall ist die Geschichte des 31-jährigen Raphaël Clin. Der Gendarm kam am 12. Februar 2006 auf der französisch-niederländischen Karibikinsel Saint Martin ums Leben, nachdem er bei einer Straßenkontrolle von einem Motorradfahrer angefahren worden war. Der Franzose starb inmitten der Umstehenden, ohne dass jemand Hilfe gerufen hätte. Schlimmer, aus der Menge sollen rassistische Beleidigungen und Applaus gekommen sein, weil ein „Weißer“ (und Polizist?) schwer verletzt am Boden lag. Die Ehefrau des Gendarmen hat Klage wegen Totschlag eingereicht, und ein 43-jähriger Mann von der Nachbarinsel Sainte-Lucie sitzt wegen rassistischer Äußerungen in Untersuchungshaft. Da der Vorfall zeitgleich zum Verbrechen an Ilan Halimi passierte, löste er eine lebhaftige Polemik innerhalb der Gendarmerie und in Frankreich aus. Am 28. Februar hatte Innenminister Nicolas Sarkozy im Parlament „Sanktionen“ versprochen, falls sich der Verdacht des Rassismus bewahrheiten würde.

Auch das Justizministerium hat zum Thema Rassismus eine neue Statistik erstellt. Unter dem Delikt des Rassismus fasst diese sehr unterschiedliche Strafbestände zusammen: Die Bandbreite geht von Verfechtern des Negationismus über Firmenchefs, die bei der Einstellung diskriminieren, bis hin zu Fußballfans, die im Stadion (schwarze) Spieler beleidigen. Auch ein Mörder, der sein Opfer nach dessen Hautfarbe aussucht, wird darin erfasst. Diese Statistik sollte daher mit Vorsicht behandelt werden, aber sie zeigt eine Tendenz: Es werden immer mehr Klagen eingereicht. Im letzten Jahr waren es mehr als 3 600. In über 200 Fällen wurde das Verfahren eingestellt, in 320 konnte vermittelt werden, und in 434 Fällen führten die Ermittlungen zu Verurteilungen. Auch diese Zahl ist in den letzten Jahren beständig gestiegen, im Jahr 2000 waren es noch 178 Schuldsprüche. Am häufigsten sind die Verurteilungen für Beleidigungen wegen Rasse, Religion oder Herkunft in Wort, Schrift, Bild oder im Internet. 1998 wurden 118 Personen dafür verur-

teilt, 2004 waren es bereits fast doppelt so viele (231), und es wurden 35 Gefängnisstrafen verhängt, fünf davon ohne Bewährung.

Die so genannten „Testing“-Verfahren, bei denen SOS Racisme weiße, arabische und schwarze Testpersonen in Diskotheken, auf Wohnungs- und Arbeitssuche schickt, um Diskriminierungen nachzuweisen, schlugen sich 2002 in 22 Verurteilungen nieder, 2004 in 13. Dass diese Zahl zurückgeht, kann daran liegen, dass Händler und Türsteher durch den Medienrummel ihre Vorurteile überdacht haben. Es kann natürlich auch sein, dass sie ihren Rassismus weniger nachweisbar zeigen. Wegen Diskriminierung bei der Einstellung wurde nur ein Unternehmer verurteilt; was mit großer Sicherheit ein Zeichen dafür ist, dass der Beweis für dieses Delikt schwieriger zu erbringen ist. Künftig sollen anonyme Lebensläufe ohne Namen, Alter und Foto für mehr Chancengleichheit sorgen. Die Strafen jedenfalls belaufen sich im Schnitt auf 1 500 Euro.

Die endlose Affäre Dieudonné

Zu 5 000 Euro wurde am 10. März 2006 der Komiker Dieudonné von der 17. Pariser Strafgerichtskammer verurteilt. Es ist das zweite Mal, dass der 36-Jährige wegen seiner Äußerungen verurteilt wird. Das erste Mal war er im Januar 2001 in erster Instanz für schuldig befunden worden, Weiße und Katholiken als „Sklavenhändler“ und „Rassisten“ diffamiert zu haben. Das Berufungsurteil gab dann aber dem Komiker Recht. Auch diesmal hat Dieudonné Berufung eingelegt. „Ich wurde 20 Mal freigesprochen“, lautet seine Reaktion auf das Urteil, das ihn der „diskriminierenden und zum Hass anstachelnden“ Diffamierung für schuldig befindet. Dieudonné M'bala M'bala hatte in der Sonntagszeitung „Journal du Dimanche“ vom 8. Februar 2004 erklärt: „Es sind alle diese Sklavenhändler, die sich ins Bank- und Showgeschäft und heute in den Terrorismus konvertiert haben, die die Politik von Ariel Sharon unterstützen. Die, die mich angreifen, haben ihre Herrschaft und ihren Reichtum auf dem Sklavenhandel und der Sklaverei aufgebaut.“ Das Gericht befand, dass Dieudonné „unter dem Deckmantel,

seine Gegner brandmarken zu wollen, die Juden rachsüchtig mit Sklavenhändlern gleichsetzt, die ihren Reichtum auf dem Sklavenhandel aufgebaut und somit aus einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit Profit gezogen haben.“ Die Organisation SOS Racisme, die als Nebenkläger im Prozess auftrat, äußerte sich mit dem Urteil zufrieden: „Wir haben für Dieudonné nun dasselbe Urteil wie für andere rassistische Anführer“, erklärte Patrick Klugman von der Antirassismusorganisation in Anspielung auf Jean-Marie Le Pen.

Dieudonné – übersetzt bedeutet sein Name „von Gott gegeben“ – ist ein Mischling, sein Vater stammt aus Kamerun, seine Mutter aus der Bretagne; er wuchs in einem südlichen Vorort von Paris auf. Seit Jahren versucht er, sich als Sprecher „der Schwarzen“ durchzusetzen; der Komiker war bereits Kandidat bei Regional-, Parlaments- und Europawahlen. 2007 möchte er als Kandidat für die Präsidentschaftswahl antreten. Vorbild von Dieudonné ist laut seinen eigenen Angaben der verstorbene, bis heute beliebte Komiker Coluche. Coluche hatte sich auch einmal zum Präsidentschaftskandidaten ernannt, seine Kandidatur dann aber zurückgezogen, weil ihm Umfragen so viele Stimmen vorhersagten, dass dem Komiker selbst bange wurde. Dieudonné dürfte aber wahrscheinlich nicht einmal die 500 Unterschriften von gewählten Volksvertretern zusammenbringen, die seine Kandidatur unterstützen, wie es das französische Gesetz vorsieht. Seine Flirts mit dem Antisemitismus haben ihn viel Sympathie gekostet. „Die Wahrheit über Dieudonné“ lautet der Titel des Buches von Anne-Sophie Mercier. Die französische Journalistin zeigt darin auf, wie sich der erfolgreiche Komiker vom Gegner des rechtsextremen Front National zu „einer Art umgekehrtem Spiegelbild“ von Jean-Marie Le Pen gewandelt hat. Doch für so manche – radikale – Schwarze ist der umstrittene Dieudonné ein Idol, seine verbalen Ausrutscher sprechen ihnen aus dem Herzen. Joav Tokor betont: „Das ist gefährlich, unsympathisch, eklig, manchmal sogar dramatisch, aber man kann nicht sagen,

das sei typisch für die verschiedenen Communities oder gar für die französische Gesellschaft.“ Allerdings tragen diese radikalen Minderheiten dazu bei, ein Klima zu schaffen, in dem jede Aktion in Bezug auf die Herkunft, die Religion oder die Hautfarbe der Akteure interpretiert wird.

In Oullins, einem südlichen Vorort von Lyon, wird am Samstag, den 4. März 2006, der 42-jährige Algerier Chaib Zehaf vor einer Bar niedergeschossen. Der Familienvater stirbt an einer Kugel

„Die radikalen Minderheiten tragen zu einem Klima bei, in dem jede Aktion in Bezug auf die Herkunft, die Religion oder die Hautfarbe der Akteure interpretiert wird.“

im Kopf und zwei Kugeln im Brustkorb. Der mutmaßliche Täter, Jean-Marie Garcia, ist als gewalttätig bekannt und dafür, dass er eine Waffe bei sich trägt. Die Polizei fängt ihn nach der Tat in einer benachbarten

Straße ein, mit über zwei Gramm Alkohol im Blut. Noch in der Nacht verhören die Beamten den ebenfalls anwesenden Naby, einen Cousin des Opfers, der rassistische Äußerungen seitens des Täters gehört haben will. Doch seine Aussage wird nicht zu Protokoll genommen. Erst im Laufe des Verhörs merken die Beamten, dass der Mann bei der Schießerei ebenfalls verletzt worden ist. Sie führen ihn daraufhin in Handschellen ins Krankenhaus.

„Man will uns glauben machen, dass es sich um einen banalen Mord handelt“, zitiert die Tageszeitung *Libération* einen weiteren Verwandten des Opfers: „Wird ein Araber auf der Straße niedergeschossen, [...] gilt das nicht als Rassismus!“ Zunächst werden die Aussagen, die auf Rassismus schließen lassen, nicht berücksichtigt. Doch dann melden sich Zeugen in den Medien zu Wort, die aussagen, den betrunkenen Mörder von „dreckigen Arabern“ reden gehört zu haben. 1 000 Menschen marschieren zur Erinnerung an den ermordeten Familienvater durch Oullins. Daraufhin wird der Fall neu aufgerollt und die Ermittlungen wieder aufgenommen.

Oullins ist übrigens keiner der tristen Lyoner Vororte aus endlosen Hochhausreihen, sondern ein Vorortstädtchen. Chaib Zehaf wohnte hinter der Hauptstraße, in einem komfortablen Wohn-

haus, gleich neben dem Rathaus. Auch die Siedlung in Bagneux, wo Ilan Halimi festgehalten wurde, war keine der schlimmen Vorortsiedlungen. Im November brannten dort drei Autos. Und die Karibikinsel Saint Martin ist halb holländisch, halb französisch und eher bekannt als Paradies für Reiche und Touristen. Wer Rassismus und Antisemitismus vor allem in den Vorortghettos ausmachen will, seitens der schwarzen oder muslimischen Einwanderer, die einen „Hass auf den Westen“ (Alain Finkielkraut) hätten, zum Teil auch als Folge des israelisch-palästinensischen Konflikts, gerät in Argumentationsnotstand. Die „Barbaren“-Bande, die Ilan Halimi entführte, war „black-blanc-beur“, gemischt wie die Bevölkerung Frankreichs. Dafür wurde die gesamte Vorortsiedlung von Bagneux vorschnell der Mitwisserei und somit implizit der Komplizenschaft verdächtigt, im besten Fall bemitleidet, unter der „Omertà“, dem Gesetz des Schweigens, zu leben, wie das im Vorort üblich sei. Als ob mitten in Paris der Nachbar wüsste, was nebenan geschieht! Die Ideale von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit sind Meilen entfernt von der Wirklichkeit, in der das Communitydenken immer stärker wird und die Frage nach der Herkunft des Opfers vor der nach dem Opfer rangiert.

Das Ende des antirassistischen Konsenses?

Die Verbrechen, die die verschiedenen Communities zusammenschweißen oder, je nach Betrachtungsweise, gegeneinander aufwiegeln, sind nur der Gipfel des Eisbergs einer Entwicklung, die Dominique Sopo, Präsident von SOS Racisme, seit geraumer Zeit beobachtet: Das „Ende des antirassistischen Konsenses“ in der französischen Gesellschaft. „Heute besteht leider das Risiko, dass jeder im Namen des Antirassismus spricht. Doch Antirassismus ist keine rassische oder religiöse Korporation, die diesen oder jenen Bevölkerungsteil verteidigt, und zwar im besonderen gegen die gemeinen Weißen. Antirassismus ist ein

Kampf für Gleichheit, dafür, dass jeder als gleich anerkannt wird. Antirassismus wendet sich daher gegen alle Formen von Rassismus, weil er zum Ziel hat, dass alle Individuen in Gleichheit zusammenleben.“

Die Schuld für diese Entwicklung gibt Sopo den Politikern, die neuerdings wieder in den Einwanderern die Ursache für die Probleme der französischen Gesellschaft ausmachen. So erklärte

„Wer Rassismus und Antisemitismus vor allem in den Vorortghettos ausmachen will, gerät in Argumentationsnotstand.“

zum Beispiel der Minister für die Überseedepartements, François Baroin, „das in Frankreich geltende ius soli dürfe kein unantastbares Tabu mehr sein, vor allem in den Überseedepartements, die der illegalen Einwanderung nicht Herr werden.“

„Zum ersten Mal seit zehn Jahren hört man so etwas von einem Verantwortlichen in einer Regierung“, meint Dominique Sopo. „Man hätte meinen können, die Debatte über das Bodenrecht, die in den 1980er Jahren regelmäßig geführt wurde, sei endgültig vorbei.“ Für Sopo handelt es sich um einen „Testballon“, um künftig die Nationalität eines in Frankreich geborenen Kindes infrage stellen zu können.

Ein weiteres Beispiel ist für Dominique Sopo die Politik von Innenminister Sarkozy, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Zahl der Ausweisungen von Illegalen um 25 Prozent zu erhöhen. Die Maßnahme trifft auch immer mehr ausländische Schüler. Die Solidarität seitens der Mitschüler und Lehrer konnte manche Ausweisung verhindern. Der 19-jährige Kameruner Guy Effeye lebte seit vier Jahren in Frankreich, ging im Pariser Vorort Epinay-sur-Seine aufs Gymnasium, war ein Schüler „ohne Probleme“. Seinen Lebensunterhalt verdiente er mit Jobs auf dem Markt. Bis zu seinem 18. Lebensjahr konnte dem Kameruner nichts passieren, denn bis zur Volljährigkeit dürfen Minderjährige nicht ausgewiesen werden. Wenn sie dann 18 werden und nicht seit ihrem 13. Lebensjahr in Frankreich wohnen, ist Schluss mit der Toleranz: Guy wurde ohne Papiere aufgegriffen und sollte abgeschoben werden. Laut Dominique Sopo gibt es tausende solcher Fälle. „Das

Glück von Guy war es, dass sich seine Klassenkameraden mobilisiert haben und Alarm schlugen“, erklärt der Präsident von SOS Racisme. „Wird so ein Fall nicht bekannt, erfährt man davon zu spät oder gar nie.“ Guy Effeyes Ausweisung wurde am Pariser Flughafen verhindert. Volljährige Schüler haben auch dann eine Chance, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, wenn sie in Frankreich geboren wurden, acht Jahre im Land gelebt haben und fünf Jahre nach ihrem zehnten Lebensjahr in Frankreich in die Schule gegangen sind. Doch Dominique Sopo von SOS Racisme beklagt, dass Einzelfälle überhaupt nicht mehr geprüft werden, um das vorgegebene Ziel an Ausweisungen zu erreichen. Die Lehrer der Organisation „Réseau éducation sans frontières“ schlägt nun übers Internet Alarm, sobald neue Fälle bekannt werden. Das passiert regelmäßig.

Die Präsidentschaftswahl steht vor der Tür, und Politiker wie Sarkozy versuchen sich im Spagat zwischen dem Wunsch, den Rechtsextremen die Stimmen abzuwerben, und der Notwendigkeit, die „Français d'origine“ nicht zu verprellen (wobei beide Gruppen sich auch überschneiden können). Wie viele Schwarze, wie viele Maghrebener gibt es in Frankreich? Unmöglich, genaue Zahlen zu erfahren. Denn das ist politisch unkorrekt: Die Republik kennt nur Franzosen,

ohne Unterscheidung von Rasse, Herkunft oder Religion. Schätzungen gehen von bis zu zehn Millionen Schwarzen, fünf Millionen Arabern, drei bis fünf Millionen Muslimen und 650 000 Juden in Frankreich aus. Sicher ist, dass auch diese Franzosen das Zünglein an der Waage spielen können. Doch auch die Rechtsextremen spüren einen Aufschwung seit den Ausschreitungen in den Banlieues im Herbst. Glaubt man einer Meinungsumfrage im Auftrag von *Le Monde* von Mitte Dezember letzten Jahres, finden nur noch 39 Prozent der Franzosen die Positionen des Front National nicht akzeptabel (2004 waren es 44 Prozent, 1997 48 Prozent). Stellt man die Fragen allgemein und ohne Zusammenhang mit dem Front National, belegt das eine faktische Übernahme solcher Positionen durch immer mehr Franzosen. 70 Prozent meinen, die Justiz sei nicht streng genug mit Kleinkriminellen, 63 Prozent finden, es gebe zu viele Einwanderer. Wegen des Mehrheitswahlrechts ist die rechtsextreme Partei nicht im Parlament vertreten. Der Front National habe somit zwar keinen direkten Einfluss auf die Politik, meint Dominique Sopo, aber er habe seine Kraft durch die Zahl seiner Wähler. Bei der letzten Präsidentschaftswahl 2002 kam Jean-Marie Le Pen mit 16,86 Prozent und 4,8 Millionen Stimmen in den zweiten Wahlgang.